



Integration

10-jähriges Jubiläum für Hotel- mitarbeiter mit Downsyndrom Seite 26

Soziales

**Wirkungsorien-
tierung in der
Eingliederungshilfe**

Seite 16

Soziales

**Teilhabepanung:
Gemeinsam auf
dem Weg**

Seite 18

Jugend

**Ombudschaft hilft
jungen Menschen, ihre
Rechte zu kennen**

Seite 30

Impressum

KVJS Aktuell
Juli 2023

Herausgeber:
**Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg**
Öffentlichkeitsarbeit
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
www.kvjs.de

V.i.S.d.P.: Sima Arman-Beck

Projektmanagement: Monika Kleusch

Redaktion: Sima Arman-Beck, Julia Holzwarth,
Monika Kleusch, Ulrike von Siegroth

Mit Beiträgen von: Cornelia Gaal, Stephan Gokeler,
Nadine Paul, Ksenia Prasko, Claudia Preiß

Titelfoto: Monika Kleusch

Layout: www.mees-zacke.de

Bestellungen und Adressänderungen:
Telefon 0711 6375-208, publikationen@kvjs.de

Druck: Hausdruckerei KVJS

Redaktioneller Hinweis:

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wird. Selbstverständlich beziehen sich die Texte in gleicher Weise auf Frauen, Männer und Diverse.

Inhalt

KVJS

- 4 Sozialstaat – Quo vadis?
- 5 Neue Leiterin der Stabsstelle
- 6 BTHG: Umsetzung läuft auf Hochtouren
- 7 MPD: Jetzt digitale Beauftragung möglich

HABILA

- 8 Rabenhof Ellwangen baut Angebotsschwerpunkt Sucht aus
- 10 Kunststipendiatin bringt Menschen in und um Rappertshofen zusammen
- 12 Inklusion durch Sport – lokal und international
- 14 Wie soll das neue Rappertshofen aussehen?

SOZIALES

- 15 Bildung ist mehr als lernen
- 16 Wirkungsorientierung in der Eingliederungshilfe
- 18 Teilhabeplanung: Gemeinsam auf dem Weg
- 20 Was das Betreuungsrecht für Teilhabemanager bedeutet
- 22 Wohnberater vernetzen sich landesweit

INTEGRATION

- 23 Neuer CAP-Markt am Killesberg Stuttgart
- 24 Die Einheitlichen Ansprechstellen (EAA) aus Arbeitgebersicht
- 25 Studie MEHRWIRKUNG: Inklusion ist sozial nachhaltig
- 26 10-jähriges Jubiläum für Hotelmitarbeiter mit Downsyndrom

JUGEND

- 28 Gesellschaftsrelevant: Mobile Jugendarbeit/Streetwork
- 30 Ombudschaft hilft jungen Menschen, ihre Rechte zu kennen
- 32 Referat 42 mit neuer Leitung
- 32 Pflegekinderhilfe: Impulse aus Theorie und Praxis

FORSCHUNG

- 33 Neue Mitglieder im Forschungsbeirat
- 33 Frühe Hilfen und Psychiatrie: Abschlusstagung am 19.09.2023
- 34 Ohne Kooperationen geht es nicht

FORTBILDUNG

- 36 „Vertrauen in das eigene Potenzial setzen!“

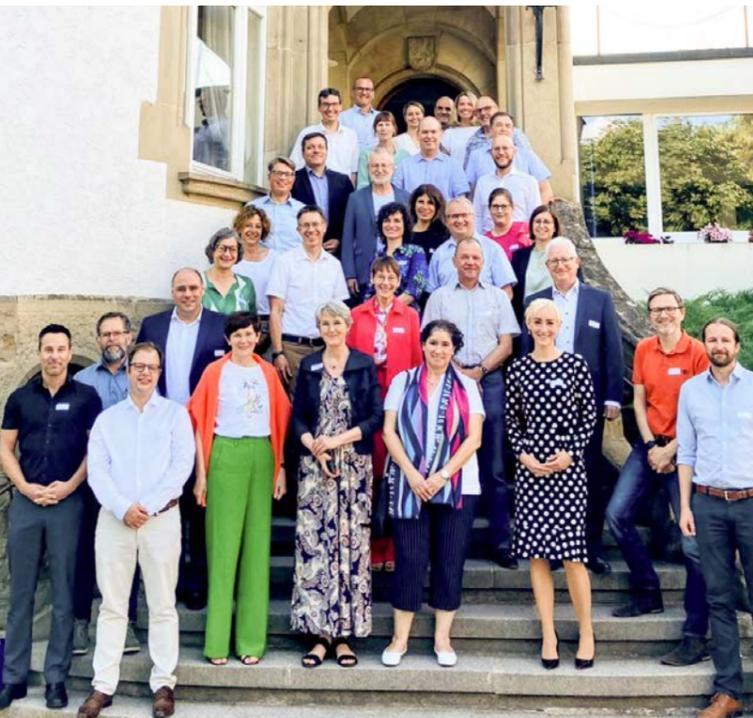
NEU ERSCHIENEN

- 38 Neu erschienen
- 39 Digitalmagazin ZB

Sozialstaat – Quo vadis?

KVJS-Sozialdezernententagung befasst sich mit sozialpolitischen Herausforderungen

Welche Möglichkeiten gibt es, Schwierigkeiten bei der Umsetzung von bundesgesetzlichen Vorgaben auf kommunaler Ebene aufzulösen? Die Sozialdezernentinnen und -dezernenten der Landkreise sowie Sozial- und Jugendamtsleitungen der Stadtkreise diskutierten am 14. und 15. Juni die Zukunftsfähigkeit sozialer Hilfesysteme.



Gedankenaustausch in Gültstein. Foto: © KVJS

Im ersten Vortrag stellte Dr. Irene Vorholz vom Deutschen Landkreistag die Vorhaben des Bundes den kommunalen Perspektiven gegenüber. Die schwierigen Fragen der Umsetzung diskutierte sie am Beispiel der Aufnahme und der Versorgung von Flüchtlingen, an der Kindergrundsicherung, an der Sicherstellung der pflegerischen Versorgung und weiteren aktuellen Themen. Bezogen auf die Wohngeldreform äußerte sie den Wunsch, der Bund möge auf das kommunale Wissen zurückgreifen. Die Referentin zeigte mehrfach Querverbindungen zu Migrationsfragen und zum

Mangel an Arbeitskräften auf. Abschließend riet Dr. Vorholz, sich bei allen neuen Gesetzesvorhaben zu fragen: „Kriegen wir das hin?“

Lina Wallus, stellvertretende Leiterin des KVJS-Referats „Pflege und Alter“, nahm im Anschluss die Strukturprobleme im Bereich der pflegerischen Versorgung in den Fokus. Herausforderungen wie die wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen, höhere Kosten und der omnipräsente Fachkräftemangel seien bekannt. Es gelte nun, Handlungsoptionen zu eruieren und umzusetzen. Dazu gehörten beispielsweise eine ressortübergreifende Vernetzung und eine Kreispflegeplanung auf kleinräumiger Ebene samt Quartiersentwicklung.

Spotlights

Am zweiten Tag bildeten Spotlights zu aktuellen KVJS-Themen den Schwerpunkt. Gerald Häcker, Leiter des Landesjugendamtes, berichtete zu aktuellen Zahlen und Entwicklungen im Bereich der Unterbringung und Versorgung von Unbegleiteten Minderjährigen Ausländern (UMA). Mit klaren Worten leitete er zur Ganztagesförderung von Grundschulkindern über: Förderung und Betreuung von Kindern dürfe nicht mit dem Austritt aus dem Kindergarten enden, machte Häcker deutlich, verwies jedoch zugleich auch auf die erheblichen Herausforderungen für die Kommunen, insbesondere durch den Fachkräftemangel. Es folgte ein Überblick über die geplante Umsetzung des Rechtsanspruchs in Baden-Württemberg, wie beispielsweise die vom Landtag beschlossene Änderung des Schulgesetzes.

Im Anschluss berichteten Frank Stahl, Leiter des Dezernats 2, und Referatsleiterin Eva Dargel zum Stand der Umsetzung des BTHG und des Landesrahmenvertrags SGB IX. Lesen Sie mehr zu diesem Thema auf Seite 6.

Arbeit Inklusiv nimmt Fahrt auf

Berthold Deusch, kommissarischer Dezernent des KVJS-Integrationsamtes, hatte mit Blick auf das Förderprogramm „Arbeit Inklusiv“ gute Nachrichten im Gepäck: Nach einem Corona-bedingten Rückgang konnten im Vergleich zum Vorjahr rund 30 Prozent mehr Menschen mit wesentlicher Behinderung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt werden. Ebenfalls positiv: Die Nachfrage nach den Angeboten der Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA). Zum Stichtag 31. Dezember 2022 sind 934 Arbeitgeberberatungen und Unterstützungsprozesse erfolgt.

Neue Leiterin der Stabsstelle

Sima Arman-Beck hat zum 15. Juni die Leitung der Stabsstelle des Verbandsvorsitzenden und der Verbandsdirektorin übernommen. Die studierte Politologin war zuletzt stellvertretende Geschäftsführerin beim Landesverband Kindertagespflege Baden-Württemberg e.V. in Stuttgart.

Für die Kolleginnen und Kollegen von Referat 42 ist sie deshalb keine Unbekannte. „Die Zusammenarbeit im Bereich der Kindertagespflege war immer von Fachkompetenz, Verlässlichkeit und Freundlichkeit geprägt. Diese Erfahrung hat mich neben dem breiten Spektrum an Themen und den vielfältigen Kompetenzen des KVJS darin bestärkt, mich künftig beim KVJS einsetzen zu wollen“, so Sima Arman-Beck. Nun wird die gebürtige Stuttgarterin auf ihrer neuen Position den gesamten Verband in den Blick nehmen: „Ich freue mich auf meine neue Aufgabe

Kinder- und Jugendhilfe im Wandel

Dr. Nele Usslepp, Mitarbeiterin des Landesjugendamts, gab einen Ausblick auf den in Kürze zu erwartenden Bericht zur Kinder- und Jugendhilfe im gesellschaftlichen Wandel. Seit 2010 beschäftigt sich das KVJS-Landesjugendamt in regelmäßigen Abständen mit der Frage, welche Auswirkungen die demografischen Entwicklungen auf die Kinder- und Jugendhilfe haben. In der in Kürze erscheinenden Publikation werden darüber hinaus verschiedene Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien thematisiert, wie zum Beispiel Familienkonstellationen sowie die mediatisierte Lebenswelt von jungen Menschen.

Zum Abschluss gaben Benjamin Lachat, Dezernent des Städtetages Baden-Württemberg, und Magnus Klein, Dezernent des Landeskreistages Baden-Württemberg, gemeinsam einen Einblick in die aktuellen Themen.

Sima Arman-Beck



Foto: Steffen Fröhle, Photo Schneider

und die damit verbundene große Vielfalt an Themen. Ich möchte die nächsten Wochen nutzen, um das Haus nach und nach kennenzulernen und mich in die Abläufe und Prozesse gut einzufinden.“

Monika Kleusch

BTHG: Umsetzung läuft auf Hochtouren

Aktueller Zwischenstand und Blick in die Zukunft

Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und des Landesrahmenvertrags SGB IX ist eine komplexe Aufgabe. Alle Akteure haben Hürden zu überwinden, suchen nach gangbaren Wegen, praktikablen Lösungen. Wo liegen Herausforderungen, wo Chancen, welche Pläne gibt es? Eine Momentaufnahme.

Umfassende Verhandlungen

Die Verhandlungen zwischen Leistungsträgern und Leistungserbringern zählen zu den größten Herausforderungen und beanspruchen erhebliche personelle Ressourcen. Sowohl die Anzahl der Anforderungen als auch der Verhandlungsergebnisse sind im ersten Halbjahr 2023 stark angestiegen. Der KVJS unterstützt die Stadt- und Landkreise bei der Umsetzung dieser Aufgabe – unter anderem durch den Einsatz spezialisierter Teams, die er für die Verhandlungen gebildet hat. Diese werden teilweise landkreisübergreifend geführt mit dem Vorteil, dass sich Ergebnisse übertragen lassen. Darüber hinaus wurden Pilotabschlüsse erfolgreich realisiert.

Vielzahl an Systematiken

Der KVJS hat sich bereits während der Verhandlungen des Landesrahmenvertrags für eine landeseinheitliche Rahmung stark gemacht und Vorschläge eingebracht. Eine Verständigung auf zentrale Umsetzungsmodelle wurde jedoch nicht erreicht. Die große Vielzahl an verschiedenen Modellen führt in der praktischen Umsetzung zu einer hohen Komplexität. „Betroffen sind insbesondere die Teilhabemanager in den Stadt- und Landkreisen, die alle Systematiken kennen und auf den Einzelfall anwenden müssen“, unterstreicht KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz.

BEI_BW wird nachjustiert

Anfang des Jahres 2020 war der Startschuss für das Bedarfsermittlungsinstrument BEI_BW. Der

Medizinisch-Pädagogische Dienst (MPD) des KVJS übernimmt Bedarfsermittlungen und unterstützt die Teilhabemanager vor Ort.

An der Weiterentwicklung des Instruments arbeitet derzeit eine paritätisch besetzte Arbeitsgruppe unter dem Dach der Landesarbeitsgemeinschaft Teilhabe. Ziel ist es, die Praxistauglichkeit durch fachliche Anpassungen und Straffungen zu verbessern. Der KVJS ist gleich doppelt mit dem Referat Teilhabe und Soziales sowie dem MPD beteiligt. Im Anschluss wird die Mustervorlage durch den KVJS für den Gesamtplan angepasst und den Stadt- und Landkreisen bereitgestellt.

Wirkung im Blick

Das BTHG fordert auch eine umfassende Wirkungsorientierung der Eingliederungshilfen, um Menschen mit Behinderungen die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Damit sich die Kreise diesem Thema praxisbezogen annähern können, hat der KVJS im Rahmen der „Neuen Bausteine“ Modellprojekte gefördert. Bei der Abschlussveranstaltung in Gültstein (siehe Seite 16/17), wurden die Ergebnisse der Stadt Ulm und des Landkreises Heilbronn der Öffentlichkeit vorgestellt.

Gewaltschutz auf dem Prüfstand

Einrichtungen und Angebote sind gesetzlich zur Erstellung von Gewaltschutzkonzepten verpflichtet. Diese sind eine wichtige Grundlage, um Übergriffe auf Menschen mit Behinderungen und

Mitarbeitende zu verhindern. Rehabilitationsträger und Integrationsämter müssen wiederum sicherstellen, dass der Schutzauftrag umgesetzt wird. Den Stadt- und Landkreisen steht seit Kurzem eine Handreichung mit Hinweisen zur Verfügung, wie ein gutes Gewaltschutzkonzept ausgestaltet sein sollte. Der KVJS hat diese gemeinsam mit den Kommunalen Behindertenbeauftragten entwickelt. Das Dokument wurde ebenfalls in Leichte Sprache übersetzt. Die Informationen sind im Mitgliederbereich auf www.kvjs.de abrufbar.

Woran arbeiten wir?

Sei es bei Verhandlungen mit Leistungserbringern, Gesprächen mit dem Land zum Ausgleich BTHG-bedingter Mehrkosten, durch das Bereitstellen von Orientierungshilfen, Handreichungen und Mustervorlagen oder im Rahmen der Fortbildung: Die Fachkräfte des Dezernats Soziales und des MPD begleiten die Kreise weiterhin intensiv und unterstützen in allen Feldern. Im Mitgliederbereich stehen zudem monatliche Updates mit Infos zu getätigten Abschlüssen bereit. Darüber hinaus prüft der Verband weitere Möglichkeiten der Digitalisierung, um die Informationen noch

komprimierter und rascher zur Verfügung stellen zu können. Stark nachgefragt werden auch die Online-Austauschplattformen des KVJS, bei denen sich die Kollegen kreisübergreifend zu unterschiedlichen Schwerpunkten austauschen. Ebenfalls in vollem Gange ist die Qualifizierungsoffensive: Infos zu den Veranstaltungen und Seminaren entnehmen Sie der Fortbildungsbroschüre unter www.kvjs.de/fortbildung. Auf kurzfristige Angebote wird ergänzend per E-Mail hingewiesen.

„Die Umsetzung des SGB IX ist für alle Beteiligten noch immer herausfordernd. Doch wir kommen wichtige Schritte voran, um das Ziel, Menschen mit Behinderung mehr Teilhabe zu ermöglichen, zu erreichen. Mit den Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen sowie der Anpassung der Instrumente für die Bedarfsermittlung und die Dokumentation des Gesamtplanverfahrens ist der Umstellungsprozess in vollem Gange“, fasst Kristin Schwarz zusammen.

Julia Holzwarth

*Stand des Beitrags bei Redaktionsschluss:
30. Juni 2023*

MPD: Jetzt digitale Beauftragung möglich

Seit dem 8. Mai 2023 bietet der Medizinisch-Pädagogische Dienst (MPD) im Mitgliederbereich der KVJS-Webseite die Möglichkeit an, Aufträge digital zu erteilen. Neben dem Erfassen der Grunddaten mit Angaben zum Leistungsträger und zur leistungsberechtigten Person kann die gewünschte Leistung, zum Beispiel eine Bedarfsermittlung mittels BEI_BW oder eine Stellungnahme zu fachlichen Fragestellungen, angefordert werden. Außerdem können auf der Seite relevante

Unterlagen wie Arztberichte, pädagogische Berichte, Gutachten oder Entwicklungsberichte hochgeladen werden.

„Unser Ziel ist es, mit der digitalen Auftragserteilung die Anzahl der Papieraufträge zu verringern“, erklärt Alina Greiner, stellvertretende Leiterin des MPD. Das Angebot wird bereits gut angenommen. Langfristiges Ziel ist es, die Abwicklung von Aufträgen an den MPD komplett auf digital umzustellen.

Monika Kleusch

Auf dem Weg zum Fachzentrum

Rabenhof Ellwangen baut Angebotsschwerpunkt Sucht aus

Zu einem Fachtag zum Thema „Doppeldiagnose Psychose und Sucht“ lud die Habla im April 2023 an den Rabenhof nach Ellwangen ein. 100 Gäste erfuhren, wie dort ein Fachzentrum Sucht entwickelt wird.

Seit vielen Jahren unterstützt und fördert der Rabenhof in Ellwangen Menschen mit einer seelischen Behinderung. Ihre große Expertise bei den Themen chronische Suchterkrankungen, psychische Störungen aufgrund körperlicher Erkrankungen und Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen nutzt die Einrichtung der Habla nun, um sich zu einem Fachzentrum Sucht weiterzuentwickeln.



Für das fachliche Konzept der Rabenhof-Entwicklung liefert ein Behandlungsmanual von Dipl. Psych. Roberto D'Amelio wichtige Grundlagen. Er hielt den Hauptvortrag beim Fachtag. Foto: © Habla

Rund 100 Gäste begrüßte Habla-Geschäftsführer Joachim Kiefer am Rabenhof zu einem Fachtag, bei dem die Planungen hierfür vorgestellt wurden. Unter ihnen befand sich auch Ellwangens Oberbürgermeister Michael Dambacher. Das Konzept fußt auf einem Behandlungsmanual, das unter anderem von Dipl. Psych. Roberto D'Amelio stammt, der als Psychologischer Psychotherapeut am Universitätsklinikum des Saarlandes tätig ist.

Er hielt den einleitenden Fachvortrag und ging auf die Wechselwirkungen zwischen einem problematischen Konsum von Suchtmitteln und Psychosen aus dem schizophrenen Formenkreis ein. Anschließend stellte er sein Konzept für die Behandlung von Personen mit Doppeldiagnose vor. D'Amelio betonte den großen Bedarf hierfür, dem bisher ein viel zu geringes Angebot an qualifizierten Therapieangeboten gegenüberstehe. Er schlug eine integrative Behandlung von Psychosen und Suchterkrankungen vor, die als niederschwelliges und langfristiges Angebot angelegt sein und auch Wechselwirkungen berücksichtigen müsse. „Das Lebenszeit-Risiko schizophrener Patienten für Drogenkonsum liegt bei 50 Prozent“, legte D'Amelio dar. Depressionen, Zwangs- und Angststörungen sowie Suizidalität seien häufige Begleiterscheinungen.

Lebensperspektiven aufzeigen

Eine erfolgreiche Therapie müsse auch neue Lebensperspektiven aufzeigen: „Wenn ich gar nichts mehr zu verlieren habe und nicht daran glaube, dass ich etwas bekommen kann, fehlt die Motivation, das eigene Leben zu ändern.“ Der Rabenhof biete als Alternative zu Suchtmitteln tragfähige Beziehungen, sagte Dipl. Psych. Irene Huber, Leiterin des Psychologischen Dienstes am Rabenhof. Dafür stünden unter anderem zwölf Fachdienste mit insgesamt 25 Behandlerinnen und Behandlern bereit. Diese stellten sich im Anschluss an die Vorträge im Gemeinschaftszentrum des Rabenhofs vor. Dieser Marktplatz wurde für fachlichen Austausch, Networking und interessante Gespräche rege genutzt. Zuvor hatte Tobias Braun, Beauftragter



In Form eines Marktplatzes stellten die Fachdienste des Rabenhofs ihre Arbeit vor. Foto: © Habla

für Suchtprävention im Ostalbkreis, eine Übersicht über die in der Region vorhandenen Hilfsstrukturen und Angebote gegeben.

Mit Blick auf die Auswirkungen der Pandemie wies Joachim Kiefer darauf hin, dass sowohl die Zahl der Menschen mit psychischen Problemen wie auch der Suchtmittelkonsum gerade unter Jüngeren

zugenommen habe. „Wir sind aufgerufen, von Sucht und psychischer Erkrankung betroffenen Menschen quantitativ und qualitativ bedarfsgerechte Angebote zu machen und sie durch frühestmögliche Übergänge in ambulante Teilhabesettings für eine eigenständige Lebensführung zu stärken“, betonte Kiefer. Dazu kann das Fachzentrum Sucht am Rabenhof einen wichtigen Beitrag leisten.

Stephan Gokeler

Mit Farben und Worten

Kunststipendiatin bringt Menschen in und um Rappertshofen zusammen

Anna Erdlenbruch ist die diesjährige Kunststipendiatin im Kulturpark der Habla in Rappertshofen. Mit ihren Projekten schafft sie vielfältige Ausdrucksmöglichkeiten für und zwischen Menschen.

Es war eine sehr intensive Beziehung, die Anna Erdlenbruch in den fünf Jahren ihres Studiums an der Akademie der Künste in Berlin mit einem Mädchen mit körperlichen Beeinträchtigungen verband. Die beiden arbeiteten zusammen. „Die Art und Weise, wie wir miteinander kommunizieren konnten, war eine bereichernde neue Erfahrung für mich. Und mit dieser Erfahrung entstand auch ein individueller künstlerischer Ausdruck“, beschreibt Anna Erdlenbruch diese Zeit.

Anschließend bewarb sie sich um das Kunst-Stipendium im Kulturpark der Habla in Rappertshofen. „In der Kunst geht es um den einzelnen Menschen“, sagt sie. So wie in ihren Bildern, die Verletzlichkeit und Bedürftigkeit zeigen können oder Momente eher zufälliger Begegnungen. Dass sie Künstlerin werden wollte, entschied Anna Erd-

lenbruch bereits im Alter von 15 Jahren. Trotzdem studierte sie zunächst zwei Semester Arabistik in Berlin, bevor das Interesse an der Kunst wieder die Oberhand gewann.

Sie spezialisierte sich auf die Malerei. Aquarell-, Öl- oder auch selbst angemischte Eitempera-Farben sind ihr Handwerkszeug. Oder zumindest der eine Teil davon. Denn häufig scannt sie ihre Bilder ein und bearbeitet sie dann am Bildschirm weiter. Die Verbindung zwischen analogen und digitalen Prozessen prägt ihren ganz eigenen künstlerischen Stil. Der schließt neben den bildnerischen Werken auch Gedichte mit ein. Die setzen sich oft mit Gedanken über Gott und seinen Charakter auseinander.

„Warum noch Kunst schaffen, wenn der höchste Anspruch an Schönheit von Gott schon erfüllt ist?“

fragte sie sich. Ihre Antwort fand Anna Erdlenbruch in der Erkenntnis, dass es zum Menschen gehört, seinen Lebensraum zu gestalten. Die Klienten und Klientinnen in Rappertshofen lädt sie mit zahlreichen Projekten in ihr Atelier ein: Seidenpapiere zu bemalen, die auf Leuchtkästen gespannt wie Fensterbilder wirken, ist eines ihrer Angebote. Aber auch ein Workshop, in dem ein gemeinsames Gedicht aus Lauten und Worten entstehen kann, das als „Klang-Collage“ vorgetragen wird.

Fantastische Unterwasserwelten in Orschel-Hagen

Das größte Projekt, das unter ihrer künstlerischen Leitung entstanden ist, findet sich in Orschel-Hagen. In einer Kooperation des Kulturparks mit dem Orschel-Hagen-Forum, einem Zusammenschluss verschiedener Institutionen in diesem Reutlinger Stadtteil, wurden dafür Spendengelder für Material gesammelt und Unterstützer gewonnen. Ende Mai konnte so die Bemalung der Seitenwand eines Supermarktes verwirklicht werden. Entstanden sind „Fantastische Unterwasserwelten“.

Die Auszubildenden eines Reutlinger Malerbetriebes übernahmen freundlicherweise die Vorbereitung und grundierten die Klinkerwand in einem hellen Blau. In einem inklusiven und kooperativen

INFO

Der Kulturpark RT-Nord ist ein Begegnungs- und Möglichkeitsort. Teil des Kulturparks ist ein Förder- und Betreuungsbereich der Habla, in dem Menschen mit Behinderung die nötige Assistenz für vielfältige und sinnstiftende Aktivitäten erhalten. Dazu gehören auch ein öffentliches Café mit Kulturveranstaltungen, tiergestützte Aktivitäten, die Bewirtschaftung eines barrierefreien Bauerngartens und ein künstlerisches Angebot.

künstlerischen Schaffensprozess wurde diese Welt mit Leben gefüllt. Mitmachen konnte dabei, wer Lust dazu hatte – ob jung oder alt, ob mit oder ohne Beeinträchtigungen. Ein besonderes künstlerisches Können wurde nicht verlangt, es ging um den individuellen kreativen Ausdruck. Und wer beim Malen Assistenz benötigte, erhielt sie durch Mitarbeiterinnen des Kulturparks Reutlingen-Nord.

Die Mitwirkenden schufen innerhalb der Projektwoche Tiere, Pflanzen, unbekannte Wesen oder abstrakte Formen. So entstand ein Gesamtwerk, das Nuancen vieler Individuen als Teil der Stadtteilgemeinde und ihrer Vielfalt widerspiegelt. Nicht nur das Ergebnis war Anna Erdlenbruch wichtig, sondern auch der Prozess, bei dem unterschiedlichste Menschen im Sozialraum bei der künstlerischen Arbeit miteinander in Kontakt kommen.

„Es ist verrückt, wie viele Leute mitmachen“, freute sich die Künstlerin. Beteiligt waren unter anderem die Gutenbergschule, das Jugendhaus, das Seniorenzentrum Gertrud Luckner, der „Kreis der Älteren“, der Buchladen Orschel-Hagen und die Bäckerei Keim. Positive Reaktionen kamen gleichermaßen von den Macherinnen wie von Zuschauern und Passantinnen. So wurde der Stadtteil mit einem inklusiven und partizipativen Projekt um einen bunten Ort reicher gemacht.

Claudia Preiß

Eine Kooperation des Kulturparks mit dem Orschel-Hagen-Forum brachte „Fantastische Unterwasserwelten“ auf die Seitenwand eines Supermarktes. Foto: © Anna Erdlenbruch



Anna Erdlenbruch ist die aktuelle Kunststipendiatin der Habla im Kulturpark Reutlingen-Nord. Foto: © Habla





SPECIAL OLYMPICS
WORLD GAMES
BERLIN 2023

#ZusammenUnschlagbar

Inklusion durch Sport – lokal und international

Vor den Special Olympic World Games beherbergte Tübingen die Mannschaft aus Botswana. Die Habla gehörte zu den örtlichen Ausrichtern des „Host Town Program“.



Das Habla-Team der Fachstelle „Inklusion durch Sport“ besteht aus Thorsten Bott-Domdey, der FSJlerin Patricia Garea und Laura Mück (Foto links, v.l.n.r.).

Die Special Olympics World Games sind die weltweit größte inklusive Sportveranstaltung für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung. In diesem Jahr fanden sie vom 17. bis zum 25. Juni in Berlin statt. 170 Delegationen aus aller Welt reisten mit 7.000 Athletinnen und Athleten, 3.000 Trainern und Trainerinnen und 12.000 Familienangehörigen an. Teil der Spiele war auch ein Projekt, mit dem die Nationalmannschaften in Deutsch-

land vor dem Beginn der eigentlichen Wettkämpfe willkommen geheißen wurden, das sogenannte „Host Town Program“.

216 Kommunen in Deutschland wurden dafür zu Gastgebern je eines Teams. Auch die Stadt Tübingen gehörte dazu. Teil des Organisationskomitees war die Fachstelle „Inklusion durch Sport“. Sie wurde vom Tübinger Stadtverband für Sport und der Stadt Tübingen ins Leben gerufen. Seit einigen Jahren wird sie von der Habla betrieben, um die Inklusion von Menschen mit Behinderung in den örtlichen Sportvereinen voranzutreiben. Die Fachstelle organisiert außerdem in Zusammenarbeit mit der Universität Inklusionssporttage, bei denen barrierefrei zahlreiche Sportarten ausprobiert werden können.

„Die Bewerbung als Host Town für die Special Olympic World Games ist in der Lenkungsgruppe entstanden“, berichtet Thorsten Bott-Domdey, der die Habla dort vertritt. Es sei aber auch von Anfang an klar gewesen, dass eine solche Aufgabe für die Fachstelle allein zu groß wäre. So wurden weitere Projektpartner gesucht und gefunden: Neben der Stadt Tübingen sind das Institut für Sportwissenschaft, der Freundeskreis Mensch, die Lebenshilfe Tübingen, der Stadtverband für Sport und Privatpersonen mit an Bord.

Zahlreiche Kooperationspartner

„Gemeinsam unschlagbar“ war das Motto der diesjährigen Spiele. Das griff Uwe Seid, Inklusionsbeauftragter der Stadt Tübingen und Teil der Organisationsleitung, im Vorfeld auf und meinte: „Das

Host-Town-Programm ist eine einmalige Chance für Tübingen, auf das Thema Inklusion aufmerksam zu machen und dafür zu sensibilisieren.“

Für das Team aus Botswana wurde ein vielfältiges und auch öffentlichkeitswirksames Programm organisiert. In Empfang genommen wurde die Delegation aus Botswana mit 26 Athletinnen und 16 Trainern, medizinischen Angestellten und sonstigen Mitarbeiterinnen in München. Nach dem Bustransfer wurde die Unterkunft in der Tübinger Jugendherberge bezogen. Es folgten zwei intensive Tage in der Stadt mit Besichtigungen, Empfängen, Trainings und sportlichen Aktivitäten. Das

Inklusionsunternehmen Insiva, eine Tochterfirma der Habla, sorgte bei der großen „Meet, Eat and Dance“-Party im Landratsamt für das passende Catering. Auch die Sporttreibenden-Gruppen der Habla waren aktiv in die Programmgestaltung einbezogen.

Die neu geknüpften Kontakte endeten nicht mit der Abreise des Teams aus Botswana. Mitarbeiter und Klientinnen der Habla begleiteten die Nationalmannschaft gemeinsam mit Vertretern der Lebenshilfe nach Berlin. Und feuerten die Athletinnen und Athleten an, die im Volleyball, in der Leichtathletik und im Boccia antraten.

Stephan Gokeler



In Tübingen wurden die Gäste aus Botswana herzlich willkommen geheißen, unter anderem von Oberbürgermeister Boris Palmer (hintere Reihe mit Jackett) und Sozialbürgermeisterin Daniela Harsch (vordere Reihe Mitte). Fotos: © Stadt Tübingen

Wie soll das neue Rappertshofen aussehen?

Rege Beteiligung beim offenen Bürgerdialog zum inklusiven Quartier

Die große Veranstaltungshalle der Habla Reutlingen war gut gefüllt: Rund 100 Personen, darunter auch etliche Rappertshofener Klienten, brachten ihre Überlegungen zum geplanten inklusiven Quartier mit ein. Eingeladen hatten der KVJS und die Stadt Reutlingen.



Vier Arbeitsgruppen machten sich Gedanken.

Zwei Stunden Zeit, vier Themenblöcke, interessante Ergebnisse, so lässt sich der professionell moderierte offene Bürgerdialog am 23. Mai zusammenfassen. In Kleingruppen wurde über Wohnen, Leben, Mobilität sowie Grün- und Freiräume im künftigen inklusiven Quartier nachgedacht. Die Ideen zu den verschiedenen Bereichen wurden schließlich auf Pinnwänden präsentiert.

Der Gedanke, der sich durch alle Bereiche des neuen Quartiers zieht: Die Mischung macht's! Alt und Jung, Familien und Singles, Alteingesessene und neu Zugezogene, mit Behinderung oder ohne – für sie alle soll es Angebote geben. Die

Auf dem Laufenden bleiben

Über den jeweils aktuellen Stand bei der Entwicklung des neuen Quartiers kann man sich am schwarzen Brett im Kulturpark Café informieren sowie auf der Internetseite der Stadt Reutlingen.



Welches Angebot wo? Fotos: © habila

Bauweise: ökologisch und barrierefrei, auch bei den Freiflächen. Inklusive Spiel- und Sportangebote werden gewünscht, aber auch die Möglichkeit zu Rückzug und Ruhe. Kulturangebote, Gastronomie und kleine Läden sollen nicht zuletzt nachbarschaftliche Begegnungen fördern.

Die Anregungen, Wünsche und Kritik, die beim öffentlichen Bürgerdialog gesammelt wurden, sollen nun als Anlage zum Auslobungstext an die Planungsbüros weitergegeben werden. Für den laufenden Planungsprozess sind weitere begleitende Bürgerdialoge vorgesehen.

Monika Kleusch

Bildung ist mehr als lernen

Initiative von Behindertenstiftung Tannenhof Ulm und Volkshochschule Reutlingen

Miteinander Walzer tanzen, sich mit der Nutzung des Smartphones vertraut machen oder verstehen, was eine Betreuungsvollmacht ist: All das war bei der ersten Inklusiven Bildungswoche in Ulm möglich.

„Miteinander voneinander lernen“: So lautete das Motto der ersten Inklusiven Bildungswoche in Ulm. Sie gab Antworten auf die Frage, wie gemeinsames Lernen in inklusiven Zusammenhängen gelingen kann. Initiiert wurde das Projekt von der Behindertenstiftung Tannenhof Ulm und der Ulmer Volkshochschule. An der Realisierung waren außerdem der Tannenhof selbst, das Diakonische Institut Dornstadt und die Lebenshilfe Donau-Iller beteiligt. Eine zusätzliche finanzielle Förderung gab es von der Aktion Mensch, der Bürgerstiftung Ulm und der Lebenshilfestiftung Donau-Iller.

Über eine Woche im Mai verteilt gab es Kurse und Vorträge für Menschen mit und ohne Behinderung. Das Spektrum der Angebote war breit: Es reichte von Yoga-Kursen und der inklusiven Laufgruppe t-runners des Tannenhofs über Theater, Malerei und gemeinsames Musizieren bis zu alltagspraktischen Kursen, die sich zum Beispiel mit der Nutzung von Smartphones beschäftigten. Interessierte konnten sich mit dem Thema Betreuungsvollmacht auseinandersetzen und auch ein Erste-Hilfe-Kurs konnte bei der Inklusiven Bildungswoche Ulm besucht werden.

Die Organisatoren sind überzeugt, dass Bildung nicht nur Faktenwissen bedeutet, sondern auch den eigenen Horizont zu erweitern oder sich über die eigenen Gefühle bewusst zu werden. Und nicht zuletzt Teilhabe an gesellschaftlichen Diskussionen. Darum sollte Bildung immer beides sein: kognitives Lernen und soziales Lernen. So stand hinter der Bildungswoche auch die Idee, dass sich

Menschen mit und ohne Behinderung bei den Kursen und Veranstaltungen auf Augenhöhe begegnen.

Damit Bildung für alle Menschen zugänglich ist, muss sie auch bezahlbar sein. Die Gebühren für die Kurse der Inklusiven Bildungswoche waren daher niedrig, auch Menschen mit wenig Geld sollten teilnehmen können. Zudem konnten mobilitätseingeschränkte Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Anmeldung gleich einen kostengünstigen Fahrdienst mitbuchen, wenn gewünscht und notwendig auch mit einer Assistenzperson.

Dass auch Ausbildung viel Spaß machen kann, zeigten die Auszubildenden der Heilerziehungspflege, die auf vielfältige Weise an der Inklusiven Bildungswoche beteiligt waren. Die Initiatoren sind sich einig, gemeinsam weiter am „großen Ziel“ zu arbeiten: Inklusive Bildung als selbstverständliches, regelmäßiges und finanziertes Angebot an der Ulmer Volkshochschule.

Ksenia Prasko



Wünsche erkennen, Ziele verfolgen

Wie Wirkungsorientierung in der Eingliederungshilfe gelingen kann

Wissen, was wirkt – das wurde vier Jahre lang im Rahmen der „Neuen Bausteine in der Eingliederungshilfe“ ausprobiert und analysiert. Nun wurden die Ergebnisse auf einem Fachtag auch lebhaft diskutiert.



Ihre Stimme wurde gehört: Brigitte Grützmaier (li.) mit Annette Plankensteiner (re.).

Das Interesse war so groß, dass im Blauen Saal des KVJS-Tagungszentrums Gültstein noch weitere Stühle herbeigeschafft werden mussten – die 150 bereits aufgestellt reichten nicht aus. Der Teilnehmerkreis der Abschlussveranstaltung zur Wirkungsorientierung in der Eingliederungshilfe setzte sich zu etwa einem Drittel aus Leistungsträgern, zu zwei Dritteln aus Leistungserbringern und einer Handvoll Interessensvertretungen zusammen. Was alle umtreibt: Wie kann die im BTHG geforderte Kontrolle von Wirkung und Wirksamkeit von Leistungen der Eingliederungshilfe tatsächlich erfasst und nachgewiesen werden?

Die Projektleiterin des KVJS, Irmgard Fischer-Orthwein, erklärte das Vorgehen im Rahmen der „Neuen Bausteine in der Eingliederungshilfe“: „Die Kriterien für die Wirksamkeit sollten aus der Praxis entwickelt werden. Dazu haben die Stadt Ulm mit dem Tannenhof Ulm der Habila und der Kreis Heilbronn mit der Johannes-Diakonie Mosbach kooperiert. Drei Habila-Klienten haben sich aktiv in das Projekt eingebracht: Brigitte Grützmaier betonte: „Ich konnte mich einbringen und wurde gehört. Danke für die Wertschätzung, die mir als behinderter Person entgegengebracht wurde.“ Die wissenschaftliche Begleitung und Auswertung der beiden Praxisprojekte lag in den Händen des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW).

Das Projektteam Heilbronn / Johannes-Diakonie legte seinen Schwerpunkt auf die Schnittstelle zwischen Teilhabemanagement und Sozialplanung. Dazu wurden drei verschiedene Fragebögen erarbeitet und anonymisierte Teilhabepläne



Eine kurze Pause wurde für lebhaftes Diskutieren genutzt. Fotos: © Monika Kleusch

ausgewertet. Das Ulmer Team konnte drei Menschen mit Behinderungen für die Teilnahme an dem Projekt gewinnen. Hier lag ein Fokus auf der Erreichbarkeit persönlicher Ziele. Zudem haben die Ulmer Instrumente entwickelt zur Erfassung der Struktur- und Prozessqualität bei den Leistungserbringern, sowie deren Veränderungsbereitschaft und Sozialraumorientierung. „Ein weiteres in Ulm entwickeltes Instrument ist eine Gesamtmatrix, mit der eine Zusammenfassung der Daten als Grundlage für den Qualitätsdialog mit den Leistungserbringern erfolgt“, erklärte die Ulmer Projektkoordinatorin Manuela Wettels.

Für Eingliederungshilfe, die ankommt

„Ein wichtiges Element ist die Zufriedenheit der Leistungsberechtigten“, so Professor Thomas Mayer von der DHBW. Die individuelle Erreichung der Teilhabeziele müsse überprüfbar sein. Mayer: „Jede Wirkungsmessung ist nur so gut, wie es die Zielformulierung zulässt. Hier kommt dem Teilhabemanagement eine entscheidende Rolle zu.“ Professorin Annette Plankensteiner vom DHBW-Team unterstrich, dass die Teilhabeziele Grundlage der Teilhabeplanung sein müssen: „Nicht die Maßnahme ist inklusiv, sondern der Teilhabewunsch.“

Ein Hindernis auf dem Weg zur Erreichung der persönlichen Teilhabeziele besteht darin, dass sich manche Leistungsberechtigten nicht mehr an ihre Ziele erinnern können. Oder dass sie Unterstützung beim Artikulieren ihrer Wünsche benötigen. So wies Johannes Blaurock von der Stiftung Haus Lindenhof darauf hin, dass 80 Prozent seiner Klientinnen und Klienten nicht sprechen.

Die beiden Projektstandorte haben gemeinsam mit ihrer jeweiligen wissenschaftlichen Begleitung verschiedene Instrumente entwickelt, um die Wirkung und Wirksamkeit von Maßnahmen der Eingliederungshilfe zu ermitteln. Alle Instrumente, wie Erhebungsbögen, Handreichungen und mehr sind online verfügbar.

Monika Kleusch

Abschlussbericht mit allen Links auf die Materialien

Der Abschlussbericht „Neue Bausteine 2019-2022 Wissen, was wirkt! Wirkungsorientierung in der Eingliederungshilfe“ ist in der Reihe KVJS Analyse erschienen. Er ist hier im Internet abrufbar: www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-videos/detailansicht/32377

Teilhabeplanung: Gemeinsam auf dem Weg

Ideen für sozialräumliche und inklusive Lösungen

Wie lassen sich Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung besser vernetzen? An welchen Stellschrauben kann gedreht werden, um den Grundsatz der Inklusion in der kommunalen Planung zu festigen? Fragen wie diese rahmten die Diskussion auf der Sozialplaner-Tagung in Gültstein.

„Die Situation in den meisten Regionen ist nicht in erster Linie von einem Mangel an Angeboten geprägt, sondern vom Mangel einer träger- und zielgruppenübergreifenden Verknüpfung der Unterstützungsmöglichkeiten“. Eine zuspitzende These von Albrecht Rohrmann, die auch im Nachgang seines Vortrags für Gesprächsstoff sorgte. Der Professor für Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt soziale Rehabilitation und Inklusion an der Universität Siegen machte in seinem Beitrag auf strukturelle Schwächen aufmerksam: Angebote existieren nebeneinander, kennen sich zu wenig und konkurrieren – ein ineffizientes Gefüge, das Ressourcen verbraucht und die Gestaltung eines inklusiven Gemeinwesens erschwert.

Sozialplanung braucht Beteiligung

Allein der Versuch, Zugang zum Unterstützungssystem zu erhalten, ist für viele Hilfesuchende eine Herausforderung: Wo finde ich Infos? Welche Angebote und Leistungen gibt es in meiner Nähe? Wer ist der richtige Ansprechpartner? Fragen, auf die selbst Akteure vor Ort nicht immer die passende Antwort parat haben. Um dem entgegenzuwirken, kommt die Sozialplanung ins Spiel: Rohrmann brachte den Impuls ein, dass es einen umfassenden Gesamtüberblick über die Strukturen bedarf – und zwar mithilfe der Betroffenen selbst: Wie gehen sie im nahen Umfeld konkret vor, wenn sie Hilfe benötigen? Zielführend sei es, das Wissen über Angebote und Rahmenbedingungen anschließend zentral vor Ort zusammenzu-

führen – und zwar innerhalb bereits existierender Strukturen und Prozesse.

Inklusive Haltung

Jugendhilfeplanung, Sozialplanung, Stadtplanung, Schulentwicklungs-, Altenhilfeplanung – die Planungsaufgaben in den Kommunen sind vielfältig. Der Professor unterstrich, dass es auf dem Weg zu einem sozialraumorientierten Gemeinwesen nicht die Lösung sei, eine weitere Fachplanung zu schaffen. Vielmehr müsse Inklusion als gemeinsamer Leitgedanke verstanden werden. Die verschiedenen Bereiche gelte es durch eine übergreifende Planungsorientierung miteinander zu verbinden.

Eine umfassende Diskussion im Anschluss zeigte, dass der Referent den Nerv getroffen hat. Es sind viele Fragen, die die Sozialplaner in ihrer Arbeitspraxis bewegen: Wie kann die Versäulung im Leistungssystem aufgebrochen werden? Mit welchen Steuerungsinstrumenten gelingt es, Angebote der Behindertenhilfe besser mit Regelangeboten zu verzahnen? Wie erreichen wir das Ziel einer Versorgungs- und Verantwortungsgemeinschaft? Ganz nach dem Motto „Im Gehen entsteht der Weg“ vertieften die Fachkollegen die Gespräche bei einem Spaziergang durch den Park.

Einblick in die Arbeit der Kreise

Anschließend an den Vortrag von Professor Rohrmann wurden Good-Practice-Beispiele aus zwei Kreisen vorgestellt, die Inklusion im Kita-

Bereich befördern. Um den Auf- und Ausbau von inklusiven Einrichtungen voranzutreiben, setzt der Landkreis Ludwigsburg auf eine eigens dafür entwickelte Konzeption. Kommunen, die diese umsetzen, gewährt der Kreis einen höheren pauschalen Geldbetrag. Voraussetzung ist, dass sie die festgelegten Standards und Rahmenbedingungen einhalten. Die Stadt Stuttgart stellte ihr Programm „Kita für alle“ vor. Im Zuge eines Modellprojekts werden mehrere Kitas im Stadtkreis strukturell als sogenannte „Kitas S-Plus“ gefördert. In diesen Einrichtungen arbeiten fest angestellte Inklusionsfachkräfte und es gelten definierte Qualitäts-

standards. Darüber hinaus sind die Modell-Kita „Zusammen wachsen“ sowie ein niederschwelliges Beratungsangebot für Familien und Einrichtungen im Rahmen des Programms geschaffen worden.

Auch Tag zwei der Sozialplaner-Tagung war inhaltlich prall gefüllt: Auf der Agenda standen der Fachkräftemangel sowie die Themen Freiheitsentziehende Maßnahmen und Gewaltschutzkonzepte. Die Sozialplanerinnen und Sozialplaner nutzten in World Cafés die Gelegenheit, sich zu diesen Aspekten auszutauschen und Impulse aus den anderen Kreisen mitzunehmen.

Julia Holzwarth



„Walk and Talk“ im Park des Tagungszentrums Gültstein: An der frischen Luft und in schöner Umgebung lässt es sich noch besser diskutieren. Foto: © Julia Holzwarth

Was das Betreuungsrecht für Teilhabemanager bedeutet

Digitales Online-Treffen stark nachgefragt

Das ganze Jahr über bietet der KVJS virtuelle Plattformen für Fachkräfte der Eingliederungshilfe an. Der Verband unterstützt damit die Vernetzung und den fachlichen Austausch untereinander. Eine Veranstaltung im Mai thematisierte die Auswirkungen des Betreuungsrechts auf das Teilhabemanagement.



Anfang des Jahres ist das neue Betreuungsrecht in Kraft getreten. Es stellt den Wunsch und Willen des Menschen stärker in den Mittelpunkt. Foto: © Daniel Ernst - stock.adobe.com

Ein Grundgedanke der zum 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Betreuungsrechtsreform ist es, die Autonomie und Selbstbestimmung unterstützungsbedürftiger Menschen zu stärken – insbesondere auch im Vorfeld der Betreuung. Die damit verbundenen gesetzlichen Bestimmungen und Leitsätze wirken sich ebenso auf die Aufgaben der Teilhabemanager aus. Mit diesem Thema befasste sich die virtuelle Plattform des KVJS am 4. Mai: In referatsübergreifender Zusammenarbeit führten Rouven Wrtal, Leiter der überörtlichen Betreu-

ungsbehörde, und Jan Etzel vom Referat „Teilhabe und Soziales“ durch die dreistündige Veranstaltung. Das Angebot wurde stark nachgefragt: Rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Stadt- und Landkreisen loggten sich in die Online-Veranstaltung ein.

Vom Wohl zum Willen

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der sogenannten Magna Charta: Bisher war geregelt, dass

Betreuer Angelegenheiten entsprechend dem Wohl des Betreuten besorgen. Davon rückt der Gesetzgeber nun ab: Es geht nicht darum, was im allgemein-gesellschaftlichen Kontext als „richtig“ angesehen und als „Wohl“ definiert wird. Vielmehr hat der Betreuer die Pflicht, die Wünsche des Betreuten festzustellen und diesen zu entsprechen. Grenzen ergeben sich aus der Unzumutbarkeit und aus erheblichen Gefährdungen. Sehr abstrakte Begriffe. Was also kann darunter verstanden werden? In Kleingruppen näherten sich die Kolleginnen und Kollegen dieser Frage an und diskutierten über die Auswirkungen auf den eigenen Arbeitsalltag.

Selbstbestimmung fördern

Im Gesetz ist geregelt, dass eine rechtliche Betreuung das letzte Mittel der Wahl ist. Die Selbstbestimmung der betroffenen Menschen soll etwa durch die sogenannte erweiterte Unterstützung gefördert werden. In Baden-Württemberg ist deren Erprobung auf fünf örtliche Modellbehörden beschränkt. Das Instrument sieht vor, dass Betreuungsbehörden den Menschen unterstützend zur Seite stehen, sodass eine rechtliche Betreuung in geeigneten Fällen vermieden werden kann. Ebenso soll das Notvertretungsrecht für Ehegatten die Aspekte der Autonomie und Selbstbestimmung weiter stärken.

Beraten und unterstützen

Darüber hinaus definieren sozialrechtliche Änderungen im ersten Sozialgesetzbuch (SGB I) sowie dem Bürgerlichen Gesetzbuch den Vorrang der Unterstützung durch die Sozialleistungsträger. Wrtal und Etzel wiesen in dem Kontext auf die Bedeutung des Paragraphen 106 im neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX) hin, der Beratungs- und Unterstützungspflichten des Trägers der Eingliederungshilfe umfasst. Damit sind Hilfen durch Teilhabemanager, etwa bei der Antragstellung, der Erfüllung von Mitwirkungspflichten sowie der Inanspruchnahme von Leistungen gemeint. Besonders hervorgehoben wurde an der Stelle

die Notwendigkeit einer guten Vernetzung und Kooperation mit rechtlichen Betreuern und Angehörigen. Die Ergebnisse der Gruppenarbeit sowie eine Präsentation mit grundsätzlichen Infos zur Reform stehen im Mitgliederbereich auf www.kvjs.de zur Verfügung.

KVJS vernetzt

Der KVJS organisiert zusätzlich Veranstaltungen zu den Themen Assistenzleistungen im eigenen Wohnraum sowie im Sozialraum, Umsetzung des Landesrahmenvertrags SGB IX, Hilfe zur Pflege und Leistungs- und Vergütungssystematik für besondere Wohnformen.

Die nächsten Termine:

- Umsetzung des Landesrahmenvertrags SGB IX: 4. Oktober 2023
- Teilhabemanagement: 19. Oktober 2023
- Kommunales Forum Hilfe zur Pflege: 19. Oktober 2023
- Assistenzleistungen im eigenen Wohnraum sowie im Sozialraum: 30. November 2023

Im KVJS-Mitgliederbereich stehen die jeweiligen Zugangslinks übersichtlich zur Verfügung. Eine Teilnahme ist ohne Anmeldung möglich.

Fortbildungsangebote Betreuungsrecht

Das Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts bringt für alle Akteure neue Aufgaben und Herausforderungen mit sich. Um Fachkräfte bei Betreuungsbehörden und -vereinen sowie Berufsbetreuer bei der Umsetzung der neuen Regelungen zu unterstützen, bietet der KVJS zahlreiche Fortbildungen an. Sie stellen die vielfältigen Anforderungen und Erfahrungen bei der Umsetzung der Reform in den Mittelpunkt. Mehr zum Angebot des KVJS erfahren Sie im Newsletter Soziales und auf www.kvjs.de/fortbildung/rechtliche-betreuung. Ehrenamtliche Betreuer finden im KVJS-Wissensportal www.ehrenamtliche-betreuer-bw.de eine breite Palette an Tipps und aktuellen Infos zur neuen Rechtslage.

Julia Holzwarth

Wohnberater vernetzen sich landesweit

Vorteile und Möglichkeiten der Dokumentation zentrales Thema

Wie und was dokumentieren Wohnberatungsstellen? Wofür bereiten sie die Informationen auf? Fragen wie diese standen im Fokus der Veranstaltung des KVJS-Referats „Pflege und Alter“. Interessierte Wohnberater aus ganz Baden-Württemberg nahmen an dem Austauschtreffen teil.

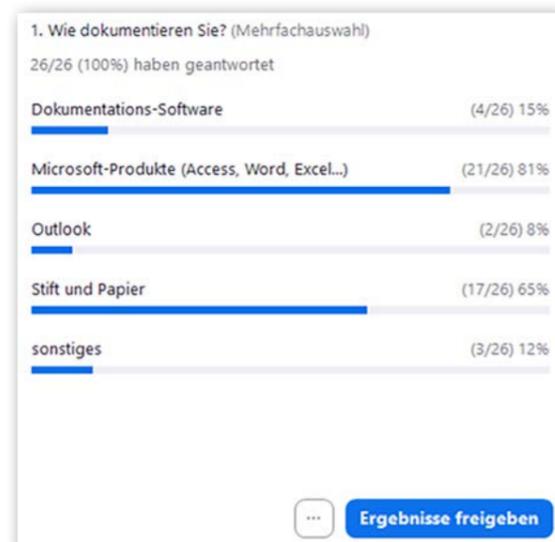
Es war bereits das zweite Treffen, zu dem sich Wohnberater landesweit vor den Bildschirmen versammelt haben. Mit seinem „Forum Wohnberatung“ will der KVJS die Vernetzung untereinander fördern und die fachliche Weiterentwicklung voranbringen. Dieses Mal beschäftigte sich die Experten-Runde mit dem Schwerpunktthema Dokumentation. Sie gilt als sinnvolles Instrument, da sie die Arbeit der Wohnberater erleichtern kann. Das Erheben und Auswerten von Daten ist ebenso geeignet im Rahmen der Qualitätskontrolle, für die Teamentwicklung sowie für einen effektiven Wissensaustausch unter Kollegen. Nicht zuletzt lässt sich Dokumentation dafür nutzen, „Wohnberatung als wertvolles Angebot in der Öffentlichkeit und der Politik stärker in den Fokus zu rücken“, unterstrich Frank Stahl, Leiter des Dezernats Soziales, bei seiner Begrüßung.

Nicht nach Schema F

Die Wohnberatungsstellen haben in Baden-Württemberg mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu tun – genauso vielfältig ist auch die Art und Weise, wie sie mit Dokumentation umgehen. Dies zeigte sich im Rahmen einer Spontan-Umfrage sowie bei exklusiven Einblicken in die Prozesse dreier Beratungsstellen: Dokumentation muss und kann nicht nach Schema F laufen, ebenso wenig ist ein teures Computerprogramm notwendig. Viel bewirken lässt sich bereits mit geringem Aufwand, etwa mithilfe eines strukturierten Erfassungsbogens bei Kontaktanfragen – und das geht auch mit Stift und Papier.

Im digitalen Zeitalter darf das Potenzial von Software dennoch nicht außer Acht gelassen werden. So befasst sich derzeit eine Arbeitsgruppe der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wohnungsanpassung e.V. speziell mit diesem Aspekt. Ihr Ziel ist unter anderem die Entwicklung einer Grundlage für eine geeignete digitale Datenverwaltungssoftware, auf die Wohnberatungsstellen bei Bedarf zurückgreifen können. Als Basis dient eine Umfrage zur Softwarenutzung innerhalb der BAG. Kathrin Weinkauf vom Koordinationsteam der Arbeitsgruppe stellte den aktuellen Diskussionsstand vor.

Zum Online-Forum gehört auch der obligatorische Blick über den Tellerrand. Diese Aufgabe über-



Viele Wege führen nach Rom – zeigt auch eine Umfrage unter den Teilnehmern des Wohnberater-Forums zur Art der Dokumentation in ihrer Beratungsstelle. Screenshot: KVJS

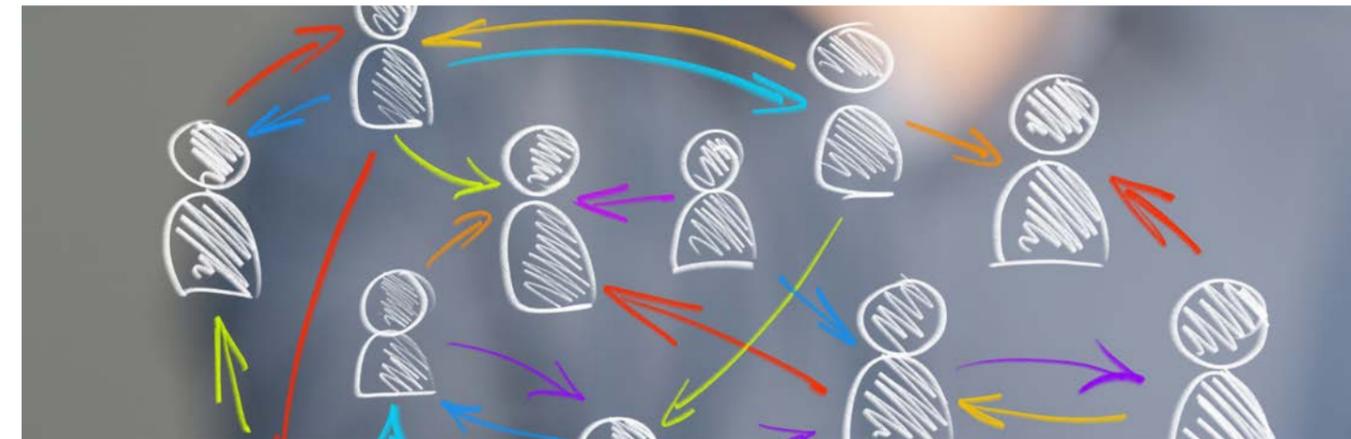


Foto: © vegefox.com - stock.adobe.com

nahm Marcel Ruß vom Technischen Beratungsdienst des KVJS-Integrationsamts mit seinem Vortrag über Wohnberatung im Bereich der Eingliederungshilfe.

Im Fokus standen darüber hinaus die Aktivitäten auf Landesebene: „Mit dem neu eröffneten Lan-

deszentrum für Barrierefreiheit hat die Regierung ein wichtiges Versprechen zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung eingelöst“, hob Stahl hervor. Um dieses Angebot auch im Umfeld der Wohnberatung bekannt zu machen, stellte der stellvertretende Leiter, Oliver Appel, die Aufgaben und die Struktur der Einrichtung vor.

Julia Holzwarth

Neuer CAP-Markt am Killesberg Stuttgart



Der CAP-Markt ist barrierefrei zugänglich. Er wird als Vollsortimenter von EDEKA beliefert. Zum Service gehört Begleitetes Einkaufen für ältere und behinderte Menschen, ein Lieferservice und die persönliche Gestaltung von Präsentkörben.

Für NintegrA ist es bereits der 17. CAP-Lebensmittelmarkt im Großraum Stuttgart. Das Konzept der CAP-Märkte verbindet wohnortnahe Versorgung mit sozialem Anspruch. Das KVJS-Integrationsamt fördert als Inklusionsunternehmen geführte CAP-Märkte.

Monika Kleusch

Hier gibt's mehr Infos zum CAP-Markt: www.cap-markt.de/maerkte/stuttgart-killesberg

Und hier zu Inklusionsunternehmen: www.iubw.de/

In der Eduard-Pfeiffer-Straße am Stuttgarter Killesberg kann man nun auch inklusiv einkaufen: Das Inklusionsunternehmen NintegrA, eine Tochter der Neuen Arbeit, eröffnete dort am 25. Mai einen neuen CAP-Lebensmittelmarkt. Der Markt bietet Arbeits- und Ausbildungsplätze für 13 Personen an. 40 Prozent der Teammitglieder haben eine Schwerbehinderung.

„Wir werden das Thema treiben!“

Die Einheitlichen Ansprechstellen (EAA) aus Arbeitgebersicht

Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen ist für viele Arbeitgeber immer noch ein Buch mit sieben Siegeln. Damit das nicht so bleibt, gingen im vergangenen Jahr die EAA an den Start. Dazu ein Gespräch mit Thorsten Würth von der Arbeitgebervereinigung Verband Unternehmer Baden-Württemberg /Südwestmetall.



Foto: © Monika Kleusch

Herr Würth, die Schaffung einer Einheitlichen Ansprechstelle für Arbeitgeber – kurz EAA – geht nicht zuletzt auf den Wunsch der Arbeitgeber zurück, die bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen Beratung aus einer Hand haben wollten. Wie schätzt Ihr Verband die EAA nun ein?

Unser Ziel ist es, das EAA-Angebot bei möglichst vielen unserer Mitglieder bekannt zu machen. Wir wollen das Thema treiben! Der inklusive Arbeitsmarkt wird für Arbeitgeber zunehmend attraktiv, angesichts des Mangels an Fach- und Arbeitskräften. Die Einheitlichen Ansprechstellen sind für uns wichtige Lotsen durch das Fördersystem.

Wie unterstützt Ihr Arbeitgeberverband konkret?

Von uns kommt die Ko-Finanzierung für die neu gegründete Kontakt- und Kooperationsstelle Inklusion, die bei unserem Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft angesiedelt ist. Aufgabe dieser vier Kolleginnen und Kollegen ist es, Arbeitgeber für das Thema Inklusion zu sensibilisieren. Sie sollen eine dauerhafte Struktur zwischen Unternehmen und den EAA schaffen.

Gibt es schon greifbare Ergebnisse der Kontakt- und Kooperationsstelle Inklusion?

Seit es die Koordinierungsstelle gibt, wird das Thema Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen innerhalb der Verbände besser

wahrgenommen. Die Koordinierungsstelle ist bei Terminen vor Ort präsent, auf Netzwerktreffen und Messen. Bei den Arbeitgebern sind oftmals noch falsche Vorstellungen, etwa zum besonderen Kündigungsschutz, unterwegs. Damit müssen wir aufräumen.

Können Sie schon eine Trendänderung bei der Inklusion in den Arbeitsmarkt erkennen?

Anfang Juli fand ein Spitzengespräch der Fachkräfteallianz Baden-Württemberg mit der Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut, den Präsidenten der Kammerorganisationen und Unternehmensverbänden sowie der Arbeitsverwaltung und der Liga der Freien Wohlfahrtspflege statt. Der inklusive Arbeitsmarkt ist dabei eines von zwei Schwerpunktthemen gewesen. Die Koordinierungsstelle und die EAA haben dazu wichtige Vorarbeit geleistet. Wir als Arbeitgeberverband nehmen es ernst mit der Inklusion, weil wir tatsächlich eine Chance sehen, Fachkräfte für unsere Wirtschaft zu sichern.

Das Interview führte Monika Kleusch

Zur Person

Thorsten Würth ist Leiter des Referats Arbeitsmarktpolitik und Weiterbildung, Politik, Bildung und Arbeitsmarkt beim Verband Unternehmer Baden-Württemberg (UBW). Der 2021 aus den Vorläufern „Arbeitgeber Baden-Württemberg“ und „Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie“ neu gegründete Verband bündelt und moderiert die wirtschafts-, sozial-, arbeits-, gesellschafts- und bildungspolitischen Interessen von rund 70 Mitgliedsverbänden sowie rund 100 Einzelunternehmen aus Industrie, Dienstleistung, Handel, Handwerk und Landwirtschaft.

Thorsten Würth ist zudem stellvertretendes Mitglied für die Arbeitgeber im Beratenden Ausschuss beim KVJS-Integrationsamt.



Studie MEHRWIRKUNG: Inklusion ist sozial nachhaltig

Dass Inklusionsunternehmen einen nachweisbaren gesellschaftlichen Mehrwert schaffen, ist das Ergebnis der „Studie MEHRWIRKUNG. Wirkung zeigen für eine inklusive Zukunft“. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Inklusionsfirmen (bag-if) hat den Bericht nun veröffentlicht.

Untersucht wurden zum einen Aspekte der menschenwürdigen Arbeit wie Gesundheit und Wohlergehen, gute Arbeitsbedingungen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, soziale Einbindung und gleichberechtigte Teilhabe. Zum anderen wurden

die Wirtschaftlichkeit der Inklusionsbetriebe und deren Beitrag zur Entlastung der Sozialsysteme in Zusammenarbeit mit der Concern GmbH und der Universität Bayreuth ermittelt. Beurteilungsgrundlage sind die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, kurz SDG (englisch: sustainable development goals) sowie der geplanten Sozialtaxonomie der Europäischen Kommission.

Die Studie finden Sie hier:

www.bih.de/bih/aktuelle-meldungen/detail/studie-mehrwirkung-inklusion-ist-sozial-nachhaltig/

Quelle: BIH

„Ohne Lukas wären wir aufgeschmissen!“

10-jähriges Jubiläum für Hotelmitarbeiter mit Downsyndrom

Mit Schwung schüttelt Lukas Geser die blütenweiße Bettdecke aus und legt sie sorgfältig zusammen. Der nächste Gast, der das Zimmer im Ravensburger Hotel Sennerbad bezieht, kann sich auf ein perfekt gemachtes Bett freuen. Lukas Geser ist ein routinierter Profi. Seit zehn Jahren ist er beim Hotel Sennerbad angestellt.

Betten machen, Zimmer reinigen, Rasen mähen, in der Spülküche helfen: Lukas Geser packt an, wo eine helfende Hand gebraucht wird. „Kleinere Betriebe haben den Vorteil, dass sie vielfältige Tätigkeiten bieten können“, erklärt Dominik Buck, der heutige Chef des familiengeführten Hotel Sennerbad. Seine Mutter, Seniorchefin Eva-Maria Sonntag-Buck, war es, die Lukas Geser damals eine Chance gab: erst als Praktikant, dann als Auszubildender und schließlich als Mitarbeiter.

Unterstützt wurden die Hotelchefin und ihr Schützling vom Ravensburger Integrationsfachdienst (IFD Bodensee-Oberschwaben): „Wir sind immer gut beraten worden“, lobt Sonntag-Buck den IFD. Der stand mit Rat und Tat zur Seite, half, die Förderung

für den Ausbildungs- und später den Arbeitsplatz von Lukas Geser zunächst bei der Agentur für Arbeit, dann beim Integrationsamt des KVJS zu beantragen. Denn der junge Mann ist motiviert und fleißig, braucht aber doch die Begleitung einer Kollegin oder eines Kollegen bei seiner Tätigkeit. Deshalb gibt's Zuschüsse vom Integrationsamt. Auch heute noch schaut der IFD mindestens zwei Mal im Jahr vorbei. Man bleibt im Gespräch. Auch in Zukunft.

Praktikant – Auszubildender – Mitarbeiter

Bereits in der Berufsschulstufe der Martinusschule Ravensburg fand der junge Mann bei verschiedenen Praktika heraus: „In der Küche gefällt es mir am

besten!“ Seine Mutter sprach daraufhin Eva-Maria Sonntag-Buck auf ein weiteres Praktikum für Lukas an. In seinem letzten Schuljahr machte der junge Mann dann drei Tage in der Woche sein Praktikum im Sennerbad „und kam jedes Mal völlig glücklich nach Hause“, wie sich seine Mutter erinnert. Es war der Beginn einer Erfolgsgeschichte.

Der nächste Schritt führte den begeisterten Sportler ins Himmelreich. Also das im Schwarzwald. Dort steht das gleichnamige, als Inklusionsunternehmen geführte Hotel mit Restaurant. Seit 2006 gehört auch die Akademie Himmelreich mit dem Schwerpunkt Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen im Gastgewerbe dazu. Die Idee zum Besuch der Akademie kam von der Sennerbad-Chefin. Wenn Mitarbeiter, dann richtig.

An der Akademie machte Lukas Geser zwei Jahre lang seine Helfer-Ausbildung: Jeweils drei Monate Qualifizierung im Himmelreich, drei Monate Praxis im Hotel Sennerbad, seinem zweiten Himmelreich. Ausbildungsmodul für Modul näherte er sich seinem Traumberuf. Unterstützt wurde er bei seiner praktischen Ausbildung im Hotel von einem Jobcoach – einem pensionierten Hotelfachmann. Ein Glücksfall für Lukas Geser.

Ausbildung an der Akademie Himmelreich hieß nicht nur neue Tätigkeiten lernen, sondern auch selbstständig mit dem Zug zwischen Ravensburg und Himmelreich zu pendeln und sich in eine Gastfamilie einfügen, bei der Lukas Geser während der Zeit im Himmelreich wohnte. Es hieß: erwachsen werden.

Am Ball bleiben

Zehn Jahre ist das jetzt her. Seither arbeitet Lukas Geser als geschätztes und beliebtes Teammitglied im Sennerbad. Und er bleibt am Ball. Nicht nur am geliebten Fußball, den er regelmäßig mit Leidenschaft trainiert. Der athletische 31-Jährige trainiert auch immer wieder neue berufliche Fähigkeiten. So besitzt Lukas Geser mittlerweile das Zertifikat für die Mitarbeit am Buffet.

Bei einer weiteren Fortbildung lernte der junge Mann wie man Nasszellen fachgerecht reinigt. „Lukas kann damit ein komplettes Zimmer allein reinigen“, beschreibt Dominik Buck und gibt zu, „Ohne Lukas wären wir aufgeschmissen.“ Wo ihm niemand etwas vormacht: „Lukas kann mit Abstand die schönsten Betten machen“, sagt die Seniorchefin anerkennend. Und wie man sich bettet, so liegt man.

Monika Kleusch



Man kennt sich, man schätzt sich: Hotelleiter Dominik Buck und Lukas Geser.



Zertifikat zum Zapfen: Auch am Buffet hilft Lukas Geser mit.



Hier liegen Sie richtig: Bettenmachen beherrscht Lukas Geser perfekt. Fotos: © Monika Kleusch



Gesellschaftsrelevant: Mobile Jugendarbeit/Streetwork

Mehr Wertschätzung und bessere Rahmenbedingungen im Fokus

Die Jahrestagung Mobile Jugendarbeit/Streetwork zeigte es deutlich: Das Arbeitsgebiet stellt nicht nur hohe Anforderungen an die Fachkräfte. Es ist darüber hinaus mit gesellschaftlichen Erwartungen einerseits und dem Ist-Zustand andererseits konfrontiert. Wie kann dieser Spagat gelingen?



Die Jahrestagung Mobile Jugendarbeit/Streetwork bot neben fachlichem Input vor allem die Möglichkeit zum kollegialen Austausch.

Foto: © Eddy Götz, LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork B.W. e.V.

„Who cares?“ Unter dieser Fragestellung machte die jüngste Jahrestagung deutlich, dass sich Mobile Jugendarbeit/Streetwork „im Spannungsfeld zwischen fachlichem Anspruch, gesellschaftlichen Erwartungen und Alltagsrealität“ bewegt – und den Fachkräften eine gewichtige

TIPP

Die nächste Jahrestagung Mobile Jugendarbeit/Streetwork findet vom 22. bis 24. April 2024 im Tagungszentrum Gültstein statt.

Bedeutung zukommt. Vor allem im Hinblick auf Personalknappheit, mangelnde Anerkennung und großen Erwartungsdruck an die Arbeit mit den Jugendlichen, stellte sich die Frage: Wen kümmert's? „Uns interessiert's“, erklärte Katharina Huber, erste Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V., mit der das KVJS-Landesjugendamt die Tagung veranstaltete. „Wir, die Fachkräfte, schaffen einen Rahmen, in dem wir die jungen Menschen ernst nehmen, ihnen zuhören, sie begleiten, unterstützen und für sie mehr Gehör in politischen und gesellschaftlichen Prozessen fordern.“ Auch Referatsleiterin Marion Steck vom KVJS-Landesjugendamt unterstrich: „Soziale Arbeit ist eine Form von Care-Arbeit für die Gesellschaft, für Menschen – und gemeinsam mit weiteren Care-Tätigkeiten wird sie noch immer nicht ausreichend entlohnt und wertgeschätzt. Mobile Jugendarbeit/Streetwork benötigt eine verlässliche infrastrukturelle Ausstattung und Personal.“

Fachinformationen teilen

Mobile Arbeit nach den fachlichen Standards der LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork benötigt ausreichend qualifiziertes Personal. Dies verdeutlichen die Fachvorträge, die zu unterschiedlichen Themen informierten. So referierte unter anderem Ray Knecht zum „Umgang mit ordnungspolitischen Aufträgen“. Im Fokus stand deren Einfluss auf die Adressaten der Mobilen Jugendarbeit/Streetwork und das Vertrauensverhältnis zu den

jungen Menschen. Dr. Sabrina Schenk von der Technischen Universität Braunschweig beleuchtete in ihren Ausführungen den Aspekt der politischen Bildung.

Magdalena Heinzl, klinische Sexologin, Sexual-, Trauma- und Theaterpädagogin, ging in ihrem Vortrag der Frage nach, welche Themen in der Mobilen Jugendarbeit in Bezug auf Sexualität auftauchen und betonte die Bedeutung von sexueller Bildung im Kindes- und Jugendalter.

Erfahrungswerte austauschen

Im Zentrum der Veranstaltung stand neben den Fachvorträgen und Workshops der direkte Austausch über Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag. In diversen Sessions wurde der kollegiale Dialog zu praxisrelevanten Aspekten ermöglicht, darunter „Hunde in der Mobilen Jugendarbeit“ oder „Digitales Streetwork“. Die Tagung setzte dafür auf die Open Space Methode, um alle Teilnehmenden miteinander ins Gespräch zu bringen.

Riva Moll / Ulrike von Siegroth

INFO

„Verschuldung Jugendlicher“ und „Sexuelle Bildung“: Zu diesen beiden Themen, so zeigte sich auf der Tagung, besteht Fortbildungsbedarf. Und so stehen bereits jetzt Termine fest:

„Schulden verhandeln mit und für junge/n Erwachsene/n in der Mobilen Jugendarbeit/Streetwork“

Präsenzveranstaltung:

4. bis 5. Juni 2024,
Tagungszentrum Gültstein

Halbtägige Online-Veranstaltungen:

17. Juli und 9. Oktober 2024 sowie
22. Januar 2025

Kooperationsveranstaltung mit der Aktion Jugendschutz BW (ajs) zum Thema Sexuelle Bildung/Sexualität im Jugendalter

18. bis 19. Juli 2024

Weitere Informationen dazu folgen auf www.kvjs-fortbildung.de

Foto: © motortion - stock.adobe.com



Beratungen mit Fingerspitzengefühl

Ombudschaft hilft jungen Menschen, ihre Rechte zu kennen und wahrzunehmen

Immer mehr Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien oder Bezugspersonen suchen Unterstützung, wenn sie einen Konflikt mit der öffentlichen oder freien Jugendhilfe haben. Dann steht das Team um Dr. Sonja Kuhn von der Landesombudsstelle beratend zur Seite. Und das seit rund drei Jahren. Ein Bilanz-Gespräch.



Seit März 2021 leitet Dr. Sonja Kuhn die Landesombudsstelle
Foto: © Landesombudsstelle

Frau Dr. Kuhn, Sie haben am 1. März 2021 die Landesombudsstelle für Baden-Württemberg übernommen. „Wichtig ist uns“, so sagten Sie damals, „Kinder und ihre Familien unabhängig beraten zu können.“ Wie hat sich dies bis heute gestaltet?

Unabhängigkeit gehört zu den wesentlichen Prinzipien von Ombudschaft. Das heißt, dass keine Einflussnahme auf ombudschafliche Beratungsvorgänge durch leistungsgewährende oder leistungserbringende Träger stattfinden darf. Wenn wir dies nicht gewährleisten könnten, würden sich vermutlich viele Ratsuchende erst gar nicht an uns wenden.

Wie gelingt es, diese Unabhängigkeit sicherzustellen?

Wir nehmen das Prinzip der Unabhängigkeit sehr ernst, ebenso der KVJS als unser Anstellungsträger. So sind wir etwa aus diesem Grund bewusst nicht in die Linienorganisation des Verbands eingegliedert worden. Ferner gehört zum Landesombudssystem ein flankierender Fachbeirat, der die Landesregierung und die Landesombudsstelle berät und die Unabhängigkeit sichert.

Im letzten Jahr haben die Beratungsanfragen an Sie und Ihr Team deutlich zugenommen. Wie erklären Sie sich die große Nachfrage?

Das liegt vor allem an unserer Öffentlichkeitsarbeit, mit der wir in Einrichtungen und Jugendämtern, bei Veranstaltungen für junge Menschen oder auch auf Gremienebene Präsenz zeigen und so immer bekannter werden. Mittler-

weile fanden seit Bestehen des Landesombudssystems weit über 1.000 Beratungen statt.

Apropos Öffentlichkeitsarbeit: Via Instagram-Auftritt und Live-Chat über die Webseite sprechen Sie besonders die junge Zielgruppe an.

Das stimmt, und mit der Resonanz sind wir sehr zufrieden. Seit diesem Jahr bieten wir unseren Chat sogar täglich von 9 bis 15 Uhr an, wodurch die Kontaktfrequenzen weiter steigen. Auch Instagram wächst bei uns – mit aktuell mehr als 700 Followern. Gerade diese beiden Instrumente helfen uns, eine Brücke zu den jungen Menschen zu schlagen und sie direkt und unkompliziert zu erreichen.

Mit welchen Problemen kommen Ratsuchende denn konkret auf Sie zu?

Die Anliegen, mit denen man sich an uns wendet, sind sehr unterschiedlich. Am häufigsten betreffen sie den Bereich der Hilfen zur Erziehung. Um ein paar Beispiele zu nennen: „Im Hilfeplangespräch werde ich nicht ernst genommen“. „Mit 18 Jahren soll ich aus der Wohngruppe ausziehen – ich bin aber noch nicht so weit“. „Ich habe Angst vor meiner Pflegemutter“. Aber nicht nur zu diesen Fragen beraten wir, oftmals wird auch Unterstützung bei der Formulierung von Schriftsachen benötigt (Anträge, Widersprüche etc.).

All das geht nicht ohne Personal. Ehrenamtliche sollen zukünftig die Ombudsarbeit unterstützen. Erste Einführungsqualifizierungen liefen bereits. Was steckt dahinter?

Die Einführungsqualifizierungen sind sozusagen der Startschuss. Es ist sehr wichtig, dass sich unsere Ehrenamtlichen mit ihren individuellen Wünschen, Stärken und Ressourcen einbringen können. Wir verstehen sie als Botschafter, die im Sinne einer Lotsenfunktion auf unser Beratungsangebot aufmerksam machen.

Wird es weitere Einführungsqualifizierungen geben?

Ja, die Planungen dafür laufen kontinuierlich und wir veröffentlichen die aktuellen Termine und Standorte immer auf unserer Webseite. Aktuell organisieren wir auch „Interessententreffen“ – hier kann man sich in lockerem Rahmen über das Ehrenamt informieren und vorab die eigene Motivation prüfen.

Ein Ausblick: Wie wird sich die Ombudschaft hierzulande entwickeln – auch unter dem Einfluss des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für Baden-Württemberg (LKJHG)?

Das Landesombudssystem befindet sich mitten im Entwicklungs- und Verstärkungsprozess. Es wird noch vielfältige Herausforderungen zu meistern geben. Das LKJHG wird hierbei eine gewichtige Rolle einnehmen, da es die politische Rahmung schärfen wird. Wir rechnen damit, dass sich unsere Fallzahlen konstant im weiteren Verlauf erhöhen, und entsprechend wird zu gegebener Zeit ein personeller Ausbau des Hauptamtes notwendig werden.

Das Interview führte Ulrike von Siegroth

INFO

Das Land Baden-Württemberg hat ein dreigliedriges Ombudssystem in der Kinder- und Jugendhilfe eingerichtet, das unabhängig, niedrigschwellig und flächendeckend arbeitet. An vier regionalen Standorten – in Stuttgart, Karlsruhe, Tübingen und Freiburg – stehen Ansprechpartner zur Verfügung. Die Kernaufgaben des Beraterteams bestehen in Informationsvermittlung, Aufklärung und Stärkung der Ratsuchenden. Auch ehemalige Heimkinder können sich an die Landesombudsstelle wenden. Organisatorisch ist sie beim KVJS verortet.

www.ombudschaft-jugendhilfe-bw.de

Referat 42 mit neuer Leitung



Kristin Hermann hat die Leitung des Referats Kindertageseinrichtungen übernommen. Foto: © Nenad Becarevic

Seit 1. Juli 2023 leitet Kristin Hermann das Referat Kindertageseinrichtungen, das sie zuvor bereits stellvertretend geführt hat: „Ich freue mich sehr auf das Bekannte und auf das Neue, das mit dieser Aufgabe verbunden ist. Gleichzeitig schätze ich es, die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit fortsetzen zu können – sowohl mit meinem Team als auch mit den Kolleginnen und Kollegen außerhalb des Referats“, so die ausgebildete Verwaltungswirtin und Diplom-Sozialpädagogin.

Nach drei Jahren beim Jugendamt Enzkreis im Allgemeinen Sozialen Dienst, begann Kristin Hermann 2009 ihre Laufbahn beim KVJS.

Aktuell absolviert die neue Referatsleiterin an der Katholischen Hochschule Freiburg den berufs begleitenden Masterstudiengang „Management und Führungskompetenz“.

Ulrike von Siegroth

Pflegekinderhilfe: Impulse aus Theorie und Praxis

Die Jahrestagung der Pflegekinderhilfe stand unter dem Titel „Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) – Inklusion und Schutzkonzepte“. Rund 70 Teilnehmende waren für die

Tagung im Juni 2024

Der Austausch in Fachforen und die Arbeit in Kleingruppen bereicherten die Veranstaltung und vermittelten Impulse für die Praxis. Im kommenden Jahr ist die Tagung für den 26. und 27. Juni 2024 in Gültstein geplant.

zweitägige Veranstaltung in der Evangelischen Akademie Bad Boll zusammengekommen. Der aktuelle Stand und die Umsetzung des KJSG auf Landesebene standen zu Beginn auf der Agenda, bevor Prof. Ludwig Salgo, Goethe Universität Frankfurt, „Pflegekinder mit Behinderung und besonderen Bedarfen“ in den Mittelpunkt stellte. In seinem Vortrag informierte er über aktuelle und perspektivische Grundlagen des Gesetzes. Themenschwerpunkt des zweiten Tages bildeten „Schutzkonzepte in der Pflegekinderhilfe“, zu denen Vanessa Brackmann vom Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrechte referierte.

Ulrike von Siegroth

Neue Mitglieder im Forschungsbeirat

Der Forschungsbeirat beim KVJS hat zwei neue Mitglieder: Androniki Petsos, Sozialdezernentin des Landkreises Heilbronn, und Dr. Joachim Bläse, Landrat des Ostalbkreises. Die bisherigen Mitglieder Norbert Weiser, Sozialdezernent des Landkreises Calw und Stefanie Bürkle, Landrätin des Landkreises Sigmaringen, sind ausgeschieden. Verbandsdirektorin Kristin Schwarz bedankte sich für das Engagement der ehemaligen Mitglieder und hieß die neuen Mitglieder mit einem Schreiben herzlich willkommen.

Der Forschungsbeirat prüft und empfiehlt Themen und Fragestellungen für mögliche Forschungsvorhaben des KVJS. Dem Gremium gehören Mitglieder des Verbandsausschusses sowie Vertreter und Vertreterinnen der Wissenschaft und der Leitungsebene der Stadt- und Landkreise an. Den Vorsitz im Forschungsbeirat hat die Verbandsdirektorin des KVJS.

Hier erfahren Sie mehr über die Forschung beim KVJS: www.kvjs.de/forschung/kvjs-forschung

Monika Kleusch

Frühe Hilfen und Psychiatrie: Abschlusstagung am 19.09.2023

Am 19. September wird in der Evangelischen Akademie Bad Boll von 10 bis 16 Uhr die Abschlusstagung zum Forschungsprojekt Frühe Hilfen und Psychiatrie Hand in Hand stattfinden. Die Tagung soll dazu dienen den Teilnehmenden die Forschungsergebnisse des KVJS-Forschungsprojektes „Frühe Hilfen und Psychiatrie Hand in Hand“ gemeinsam mit dem Forschungspartner, dem Uniklinikum Ulm, zu präsentieren und zu diskutieren.

Ziel des KVJS-Forschungsvorhabens war es, die auf der Praxisebene bestehenden Strukturen, Prozesse und Rahmenbedingungen mit Hilfe der Forschungsergebnisse weiterzuentwickeln und zu verbessern. Dazu wurde ein kreisbezogener und -übergreifender Überblick über Kooperationen und Vernetzungen geschaffen, um Gelingensfaktoren in der kommunalen Koordination zu identifizieren und als Grundlage für die Stärkung von Präventionsnetzwerken nutzbar zu machen. Mögliche Vorgehensweisen und Lösungsstrategien sollen vorgestellt werden, um präventive Strukturen und Angebote zu stärken und auszubauen.

Zur Erreichung dieser Ziele wurden im Forschungsprozess verschiedene Befragungen sowohl Online als auch in Interviews und Gruppendiskussionen mit Vertretern und Fachkräften aus den Bereichen Frühe Hilfen, Psychiatrie und Kindertagesbetreuung durchgeführt und in den Ergebnissen zusammengeführt.

Zur kostenlosen Teilnahme eingeladen sind Fachkräfte, Vertreter und Interessierte aus dem Bereich Frühe Hilfen, Psychiatrie und der Kindertagesbetreuung.

Cornelia Gaal

Anmeldung und Infos

Interessierte können sich ab Ende Juli über das Fortbildungsportal des KVJS anmelden: www.kvjs.de/fortbildung/startseite-fortbildung

Alle Informationen zum Forschungsvorhaben finden Sie hier: www.kvjs.de/forschung/kvjs-forschung/projekte/fruehe-hilfen-und-psychiatrie

Ohne Kooperationen geht es nicht

Abschlussstagung des Forschungsvorhabens Kurzzeitpflege

Ob Kurzzeitpflege im Anschluss nach einem Klinikaufenthalt oder zur Entlastung pflegender Angehöriger: Die Plätze sind knapp und begehrt. Mit der Situation in Baden-Württemberg beschäftigte sich ein Forschungsvorhaben des KVJS.



Kurzzeitpflege ist ein wichtiges Angebot für Senioren.
Foto: © Halfpoint - stock.adobe.com

„Eine Besonderheit unseres Forschungsprojektes war, dass dabei unterschiedliche Perspektiven mit eingebracht wurden: Kommunen, Leistungserbringer, Leistungsträger und Betroffene“, erklärt Bettina Ghiorghita, Projektleiterin beim KVJS. Forschungspartner war die IGES Institut GmbH Berlin. Auf der teils digital teils in Präsenz abgehaltenen Abschlussstagung Anfang Juli wurden die Ergebnisse des Projekts präsentiert und diskutiert. Etwa 110 Personen nahmen an der Veranstaltung teil.

Zielsetzung des zwischen November 2020 und Oktober 2022 durchgeführten Forschungsprojektes „Kurzzeitpflege in Baden-Württemberg“ war die Weiterentwicklung der Angebotsstrukturen in der Kurzzeitpflege. Dafür wurden 13 empirisch begründete Handlungsempfehlungen, welche auch die aktuelle und die weitere demografische

Entwicklung im Land berücksichtigen, entwickelt. Dr. Grit Braeseke und Dr. Elisabeth Hahnel, die Verantwortlichen des Forschungspartners, stellten sie vor.

Handlungsempfehlungen entwickelt

So empfahlen Braeseke und Hahnel beispielsweise:

- Regional angepasster Ausbau der Angebotsstrukturen und Entwicklung von Alternativen zur vollstationären Kurzzeitpflege
- zielgruppenspezifische Weiterentwicklung der Angebotsstrukturen in der Kurzzeitpflege
- Weiterentwicklung personeller Strukturen und der Arbeitsorganisation
- Potenzial digitaler Unterstützungsmöglichkeiten und Telepflege einbinden
- Etablierung regionaler Koordinationsplattformen
- Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen und Finanzierung
- Einsatz von Case Management

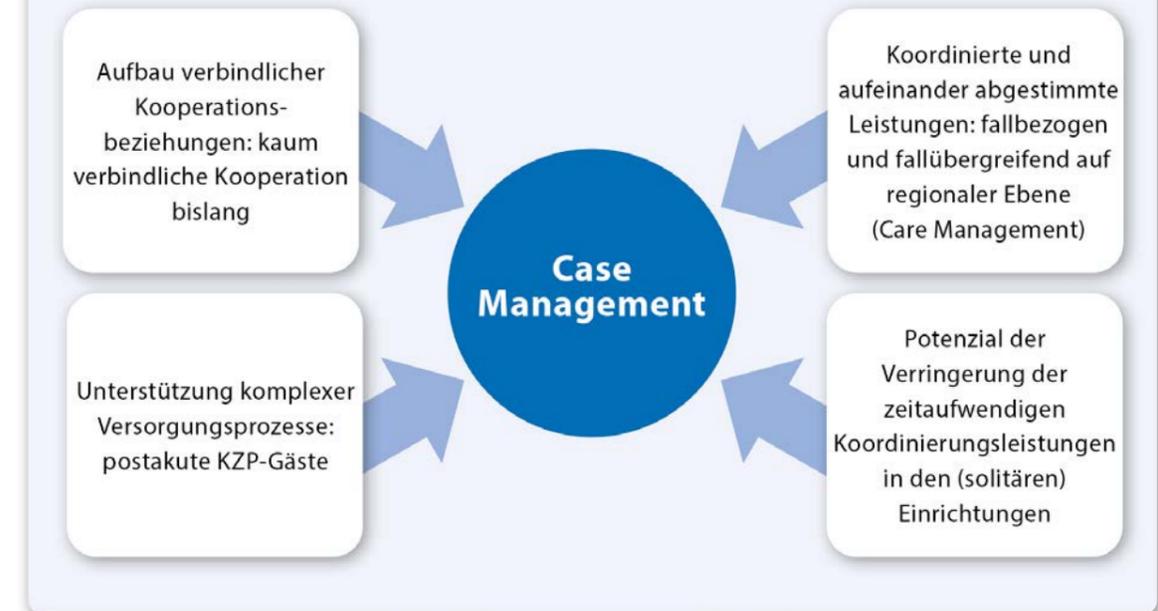
Für ein gelungenes Case Management ist das gut abgestimmte Zusammenspiel der verschiedenen regionalen Akteure wichtig. Das wurde auch in der Präsentation der beiden Forscherinnen deutlich:

Verbindliche Kooperationen

Eine wichtige Rolle können auch regionale Versorgungsnetzwerke und Pflegekonferenzen spielen. Weiterhin war man sich bei der Podiumsdiskussion im Anschluss an den Vortrag von Hahnel und

Zusammenhang zu den Erkenntnissen

IGES



Abschlussstagung Kurzzeitpflege Baden Württemberg. Quelle: IGES

Braeseke einig, dass eine höhere Verbindlichkeit im Entlassmanagement notwendig ist. Denn: „Verbindliche Kooperationen führen zu Verbesserungen in der Koordinierung der Versorgung, zur Verringerung von Schnittstellenproblemen und zu verbesserten Gesundheitsergebnissen bei Betroffenen“, so die IGES-Forscherinnen, die für die Etablierung fester Kooperationsstrukturen – nicht nur in der Kurzzeitpflege – warben.

Die Weiterentwicklung der personellen und wirtschaftlichen Strukturen wurde ebenso in den Blick genommen wie die Arbeitsorganisation in der Kurzzeitpflege und die Potenziale digitaler Unterstützungsmöglichkeiten. Notwendig ist die passende (Weiter)Qualifizierung des Pflegepersonals für die verschiedenen Zielgruppen in der Kurzzeitpflege. Dazu seien entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote für die Pflegefachkräfte erforderlich.

Regionale Entwicklungen statt großem Wurf

„Den großen Wurf gibt es nicht“, so eine Erkenntnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der

Abschlussveranstaltung. Aber: Kleine, zielgenaue Würfe. Denn die Angebote und Player in der Region variieren ebenso wie die jeweilige demografische Situation. Also muss es entsprechend individuelle Vor-Ort-Lösungen geben.

In Zukunft wird es bei der Planung nicht nur darauf ankommen, ein bedarfsgerechtes Angebot vor Ort aufzubauen, sondern es so auszugestalten, dass es unterschiedlichen Zielgruppen gerecht wird und pflegende Angehörige entlastet werden. Die Erkenntnisse aus dem KVJS-Forschungsvorhaben bieten hierfür eine Basis.

Monika Kleusch

Publikationen und Tagungsunterlagen

Den Abschlussbericht des Forschungsprojektes Kurzzeitpflege in Baden-Württemberg, eine Kurzfassung dazu, einen Tabellenband sowie die Präsentation des IGES Instituts finden Sie auf der Internetseite der KVJS-Forschung: www.kvjs.de/forschung/kvjs-forschung/projekte/kurzzeitpflege

„Vertrauen in das eigene Potenzial setzen!“

Maßgeschneiderte KVJS-Expertise für die Kommune der Zukunft

Der KVJS steht als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum den 44 Stadt- und Landkreisen verlässlich zur Seite. Wissenstransfer wird großgeschrieben – etwa, wenn Referent Andreas Reuter Verwaltungen, öffentliche und freie Träger in Baden-Württemberg zum Thema Kommunalentwicklung fit macht. Vor Ort, individuell und bedarfsorientiert.

Herr Reuter, Sie sind beim KVJS Experte für Moderation, Coaching und Projektentwicklung. Seit wann sind Sie in Sachen Kommunalentwicklung im Land unterwegs und wie kam es dazu?

Bereits seit 2006 bin ich in Baden-Württemberg dazu unterwegs, damals noch im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Frauen und Jugend mit Zukunftswerkstätten zum Thema familienfreundliche Kommune. Mehr als 70-mal war ich mittlerweile im Einsatz und bin immer wieder in den Stadt- und Landkreisen aktiv, also bei den Mitgliedern unseres Verbandes.

Know-how für die Kommunalentwicklung vermitteln Sie in zwei speziellen KVJS-Angeboten: Eines davon: „Bilanz und Perspektive“. Worum geht es dabei konkret?

Bei „Bilanz und Perspektive“ haben wir einen klassischen Ansatz der Organisationsentwicklung gewählt. Zunächst muss man schauen, wo man steht. Hier ist ein betriebswirtschaftlicher

Zur Person

Andreas Reuter ist Diplom-Pädagoge und Betriebswirt (Fachrichtung Sozialwesen) mit über 15-jähriger Erfahrung in der Kommunalentwicklung. Sein Schwerpunkt liegt auf den sozialen Herausforderungen von der Krippe bis zur Pflege. Als anerkannter Experte für bedarfsorientierte Veranstaltungsformate verfügt Andreas Reuter über umfassende Erfahrung in Prozessbegleitung und Moderation.

Blick wichtig. Natürlich darf man an dieser Stelle nicht stehenbleiben, denn es geht um eine Entwicklung in die Zukunft. Das Modell ist eine Art verkürzte Zukunftswerkstatt, die mögliche Optionen für Städte und Landkreise sichtbar macht.

Und das zweite Angebot der „Prozessbegleitung“ knüpft dann daran an?

Richtig, sobald es über das Aufzeigen von Optionen hinausgeht und eine mittelfristige Entwicklung angestrebt wird, kann eine „Prozessbegleitung“ von außen sinnvoll sein, da sie den Prozess beschleunigt. Im Fokus dieses Angebots steht dann die optimale (Neu) Konzeption von Arbeitseinheiten, wobei jeder Einzelne mit seinen Kompetenzen an den Wandlungs- und Anpassungsprozessen beteiligt wird.

Wie erleben Sie die Teilnehmer vor Ort?

Zunächst geht es um Vertrauen – in sich selbst und das eigene Potenzial, sich weiterzuentwickeln. Das ist die Grundlage, die ich dann durch Best Practices und weitere Anregungen gemeinsam mit den Teilnehmern qualifiziere. Am Ende soll eine gewisse Klarheit darüber herrschen, was möglich ist und was nicht. Diese Klarheit kann hart sein; sie ist aber auf jeden Fall hilfreich.

Welche Resonanz erfahren Sie im Nachgang der Veranstaltungen?

Die schönste Resonanz ist, wenn ich wieder angefragt oder weiterempfohlen werde. Dieses



Praxisrelevantes Wissen anschaulich vermittelt: Andreas Reuter in seinem Element. Foto: © KVJS

Angebot lebt von Mundpropaganda, da es ja immer ein gewisses Risiko ist, einen externen Profi ins Haus zu holen. Ohne Risiko lässt sich aber auch nichts verändern. Solange die Motivation und der Wunsch nach Verbesserung erkennbar sind, ist vieles möglich.

Ihr Fazit: Was braucht die Kommune der Zukunft? Worauf wird es in der Kommunalentwicklung ankommen?

Die Kommune der Zukunft hat sehr, sehr viele Herausforderungen zu bewältigen, angefangen beim fehlenden Personal. Dies ist eine der großen Herausforderungen, da ohne Fachkräfte die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben nicht bewältigt werden können. Falls Fachkräfte da sind, geht es um den gezielten Einsatz der vorhandenen Ressourcen an den Stellen, an denen es notwendig ist.

Wie kann das gelingen?

Durch agile Arbeitsweisen und eine Flexibilisierung der Stellen. Dies ist ebenso wichtig wie die ständige (Weiter-)Entwicklung des Personals. Natürlich spielt auch Geld eine Rolle, mit entsprechenden finanziellen Mitteln geht es leichter. Aber es ist nicht das Geld allein entscheidend, da ohne die Wertschätzung aller Beteiligten keine gute Qualität erreicht werden kann.

Das Interview führte Ulrike von Siegroth

INFO

Sie interessieren sich für unser Angebot und wollen mehr erfahren? Referent Andreas Reuter ist für Sie da – unter Telefon 0711 6375-212 oder per Mail: Andreas.Reuter@kvjs.de



Neu erschienen

Alle Publikationen des KVJS sind kostenlos. Sie stehen auch im Internet unter www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-und-videos/ zum Download zur Verfügung.

Soziales

Abschlussbericht Neue Bausteine 2019-2022: Wissen, was wirkt! Wirkungsorientierung in der Eingliederungshilfe, Mai 2023.

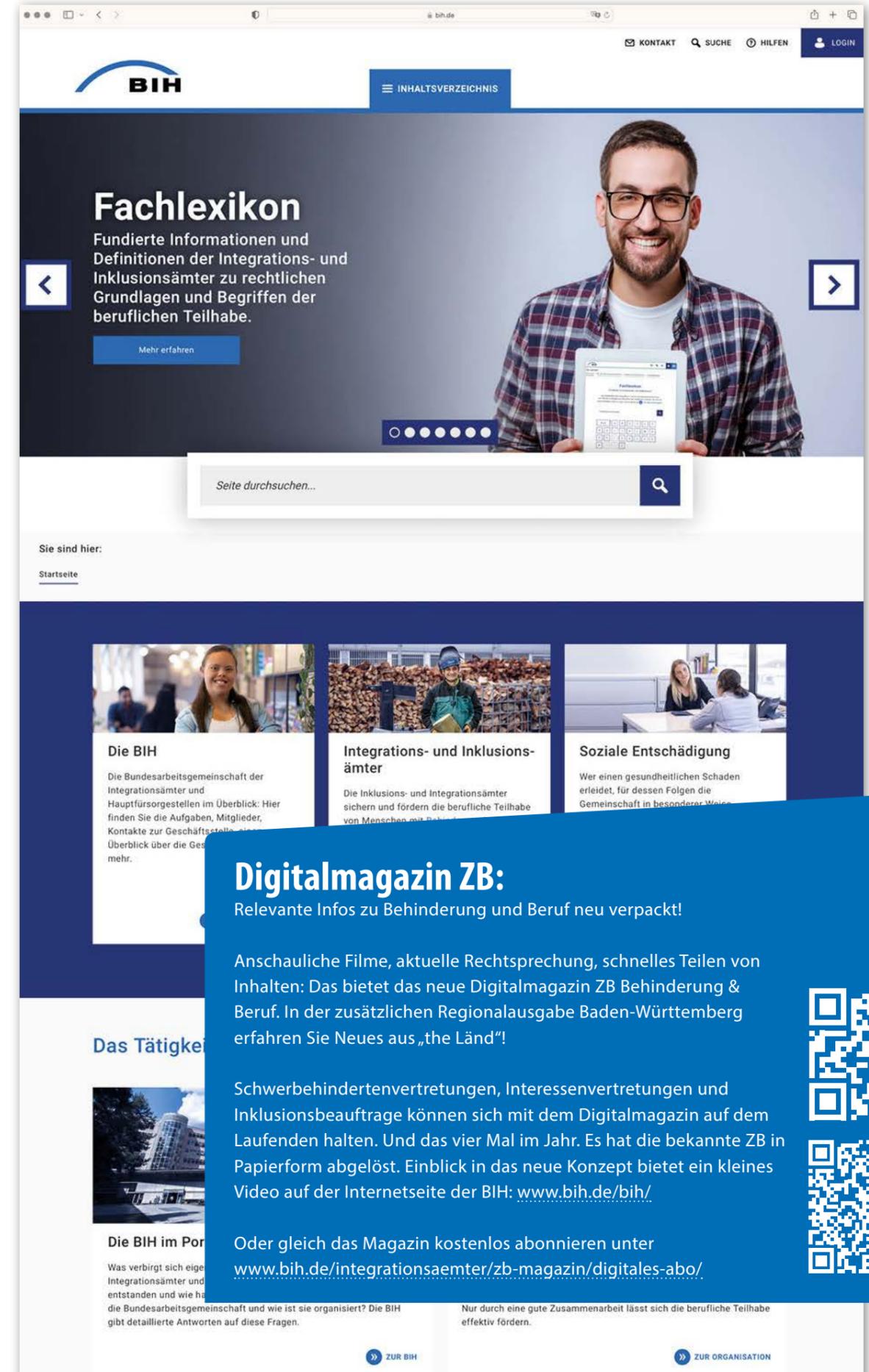
Die fünfte Reihe des Förderprogramms Neue Bausteine in der Eingliederungshilfe widmete sich der Wirkungsorientierung. Ziel war die Entwicklung von Prüfkriterien zur Wirksamkeit und Wirkungskontrolle sowie geeigneter Instrumente für die Praxis. Der Abschlussbericht sichert die Ergebnisse aus den zwei geförderten Kreisen.

Forschungsvorhaben Kurzzeitpflege in Baden-Württemberg, Juni 2023. Neben dem Abschlussbericht mit dazugehörigem Tabellenband, steht eine Kurzfassung zur Verfügung, in der die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen eingeordnet werden. In der Studie wurden auf Grundlage von regionalen Analysen unter anderem Anregungen und Empfehlungen zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der Kurzzeitpflege formuliert.

Bestellung:

Manuela Weissenberger
 Telefon 0711 6375-307
Manuela.Weissenberger@kvjs.de
kvjs.de

Online verfügbar



Digitalmagazin ZB:

Relevante Infos zu Behinderung und Beruf neu verpackt!

Anschauliche Filme, aktuelle Rechtsprechung, schnelles Teilen von Inhalten: Das bietet das neue Digitalmagazin ZB Behinderung & Beruf. In der zusätzlichen Regionalausgabe Baden-Württemberg erfahren Sie Neues aus „the Länd“!

Schwerbehindertenvertretungen, Interessenvertretungen und Inklusionsbeauftragte können sich mit dem Digitalmagazin auf dem Laufenden halten. Und das vier Mal im Jahr. Es hat die bekannte ZB in Papierform abgelöst. Einblick in das neue Konzept bietet ein kleines Video auf der Internetseite der BIH: www.bih.de/bih/

Oder gleich das Magazin kostenlos abonnieren unter www.bih.de/integrationsaemter/zb-magazin/digitales-abo/



KVJS

**Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg**

Postanschrift
Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausanschrift
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 07 11 63 75-0

info@kvjs.de
www.kvjs.de